


- 
- DESINTEGRATION DER EU
  - SOZIALE KOHÄSION
  - ABGRENZEN UND AUSGRENZEN
  - VIELFALT GEGEN HOMOGENITÄT
  - ARM GEGEN REICH
  - STADT GEGEN LAND
  - DIGITALE STAMMESFEHDEN

*Arena Analyse 2018*

---

# Wir und die anderen

Walter Osztovics  
Andreas Kovar  
Bettina Fernsebner-Kokert

## Edition Kovar & Partners

### Edition Kovar & Partners

Unternehmerische Entscheidungen können selten vollständig autonom gefällt oder umgesetzt werden. Anspruchsgruppen aus Politik und Gesellschaft fordern Einfluss und definieren damit Handlungsspielräume von Unternehmen und Projekten neu. Obwohl das Umfeld a priori meist nicht feindlich gesinnt ist, prallen immer wieder unterschiedliche Interessen aufeinander – mitunter zum Nachteil für die wirtschaftlichen Ziele, die Reputation und den Wert eines Unternehmens.

Erfolgreiches Public Affairs Management dient aber nicht nur der Abwehr dieser Gefahren und dem Risikomanagement. Ziel ist das Erkennen gesellschaftlicher Entwicklungen, um dieses Wissen als Grundlage für wettbewerbsfähigere Lösungen und für die Mitgestaltung politischer Entwicklungen zu nutzen.

In Mitteleuropa ist Public Affairs Management eine relativ neue Unternehmensfunktion. **Kovar & Partners** investiert daher in die Forschung und Entwicklung des europäischen Public Affairs Managements. Diesem Ziel dient auch die vorliegende Reihe an Berichten.

In der Serie **Edition Kovar & Partners** erscheinen Publikationen zu Themen an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Bericht bemüht sich um eine gendergerechte Sprache, aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird dennoch an manchen Stellen die grammatikalisch männliche Form verwendet.

Walter Osztovics, Andreas Kovar, Bettina Fernsebner-Kokert:  
Wir und die anderen – Arena Analyse 2018

Erschienen in der Reihe Edition Kovar & Partners  
Wien 2018

© Kovar & Partners  
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Austria  
Satz und Layout: Kovar & Partners, Wien  
Umschlag: cdc | brandcreation, Wien  
Herstellung: Ueberreuter Print & Packaging GmbH

Walter Osztovics, Andreas Kovar, Bettina Fernsebner-Kokert

## **Arena Analyse 2018**

# **Wir und die anderen**

### **Inhalt**

---

Untersuchungsdesign und Fragestellung	3
Einleitung	5
1. Wir driften auseinander	8
2. Drinnen gegen draußen	14
3. Wettstreit der Wertesysteme	23
4. Arm gegen Reich	28
5. Ausgegrenzt durch die Demokratie	38
6. Wie uns soziale Medien entzweien	41
7. Was können wir dagegen tun?	47
Literaturverzeichnis	55
Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung	56
Autoren	59



## Untersuchungsdesign und Fragestellung

---

Die Arena Analyse wird von Kovar & Partners seit 2006 jedes Jahr durchgeführt und hat das Ziel, sogenannte Emerging Issues zu identifizieren und zu analysieren. Für ein Public Affairs Beratungsunternehmen, das wie Kovar & Partners am Schnittpunkt von Politik und Wirtschaft arbeitet, ist es unerlässlich, Instrumente der Früherkennung von politischen Entwicklungen zur Hand zu haben – vor allem, weil die Komplexität der politischen Prozesse es notwendig macht, mit der Vertretung von Interessen möglichst früh zu beginnen.

Die Methodik, die dabei zur Anwendung kommt, baut auf der Issue Theorie auf. Issues – eine überzeugende deutsche Übersetzung für den Begriff gibt es nicht – sind Themen von allgemeiner Relevanz, die erstens aktuell und zweitens umstritten sind, ungeklärte Fragen von öffentlichem Interesse, die Einfluss auf den Handlungsspielraum von Personen und Organisationen haben. Die Theorie besagt, dass Issues, bevor sie eskalieren, eine Latenzphase durchlaufen, in der sie den jeweiligen Fachexperten bereits bekannt sind und in Fachkreisen auch bereits diskutiert werden, aber noch nicht die Schwelle zur Wahrnehmung durch eine größere Öffentlichkeit oder durch die Politik erreicht haben. In dieser Phase ist es daher möglich, durch Befragung einer ausreichend großen Anzahl von Experten frühzeitig zu erfahren, welche größeren Themen unter der Oberfläche schlummern.

Das Untersuchungsdesign besteht aus den folgenden Schritten:

1. Befragung von Experten mit einer möglichst offenen Fragestellung, um das gesamte Feld der möglichen Issues einzubeziehen. Die Befragten kommen dabei bunt gestreut aus vielen fachlichen und gesellschaftlichen Bereichen – auch diese Streuung dient der Sicherstellung der Vielfalt.
2. Die Antworten der Experten werden gesammelt und geclustert. Dabei sollen Muster offengelegt und die ursprüngliche Komplexität reduziert werden.
3. Daraufhin erfolgt die Schluss-Auswertung. Das Ergebnis ist jener Bericht, den Sie hier in Händen halten.

Die Arena Analyse 2018 wurde in Kooperation mit der Tageszeitung „Der Standard“ sowie der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Österreich-Ausgabe) durchgeführt. Beide Zeitungen veröffentlichten ausführliche Essays, die sich in journalistischer Form den Ergebnissen der Arena Analyse widmen.

Hier die vier gestellten Fragen im Wortlaut:

1. Welche Entwicklungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt – sozial, kulturell, politisch – in Österreich und Europa betreffen, werden in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen? Welche dieser

Entwicklungen wurden bisher in den Medien und von der Öffentlichkeit noch wenig wahrgenommen?

2. Was sind Ihrer Ansicht nach die konkreten Hintergründe und Ursachen dieser Entwicklungen? Welche Konflikte und Probleme verbergen sich jeweils dahinter?
3. Welche plausiblen Szenarien können Sie sich vorstellen? Welche künftigen positiven oder negativen Entwicklungen sehen Sie?
4. Bitte nennen Sie – lediglich in Stichworten – die Aspekte, die im Gegensatz dazu von der Politik und in den Medien bereits breit diskutiert werden, auch wenn noch keine befriedigenden Lösungen in Sicht sein sollten.

Bei allen kursiv gesetzten Passagen im vorliegenden Bericht handelt es sich um wörtliche Zitate aus den größtenteils teils schriftlichen, zum Teil auch in mündlichen Interviews gelieferten Beiträgen. Wie immer wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Arena Analyse zugesichert, dass ihre Beiträge nicht namentlich wiedergegeben werden. Aus den schriftlichen oder im Wege von Interviews gelieferten Beiträgen wird daher durchgehend anonym zitiert.

## Einleitung

---

Der deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf, der später zum britischen Lord geadelt wurde, veröffentlichte bereits 1995 einen Essay mit dem Titel „Die Quadratur des Kreises“. Darin erläuterte er, dass es prinzipiell unmöglich sei, wirtschaftlichen Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und politische Freiheit gleichzeitig zu verwirklichen. Er nennt als Extrembeispiele dafür Länder, die jeweils eines der Ziele den beiden anderen geopfert haben, die USA (Wohlstand und Freiheit, dafür eine stark entsolidarisierte Gesellschaft), Indien (ein demokratisches Land mit starkem Zusammenhalt aber damals noch geringem Wohlstand) sowie Singapur (wohlhabend, starke innere Einigkeit auf Kosten der persönlichen Freiheit).

Allerdings ging es Dahrendorf nicht so sehr darum, Varianten des Scheiterns der europäischen Vision vom Leben in Freiheit, Gleichheit und Solidarität durchzuspielen. Vielmehr leitete er aus seiner Einsicht die Notwendigkeit ab, mit Mitteln der Politik eine akzeptable zweitbeste Lösung zu finden. Eine „befriedigende Antwort lässt sich nicht geben“, schreibt Dahrendorf, denn zum einen lassen sich nicht alle drei Ziele verwirklichen, zum anderen „schrecken Beispiele ab, die nur zwei der Ziele auf Kosten des dritten erreichen“. Also muss eben eine Balance gefunden werden, die zwangsläufig für jeden der drei Bereiche unbefriedigend ausfällt, aber dem ursprünglichen Ziel so nahekommt, wie es die Realität eben zulässt. Den Erhalt der sozialen Kohäsion bezeichnete er als eine der vordringlichsten Aufgaben der Industriestaaten und machte klar, dass es dabei um mehr geht, als um den Ausgleich zwischen den Besserverdienern und den Einkommensschwächeren. Umverteilung ist notwendig, doch sie ist nicht alles, heißt es in einer Passage des Essays: „Es müssen Politiken hinzukommen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern. Mobilität ist nicht immer gut.“

Mehr als zwanzig Jahre später hat sich an dieser Aufgabenstellung nichts geändert. Nach wie vor muss Europa aktiv gegen Entwicklungen ankämpfen, die das bestehende Gefüge auseinandertreiben. Der Zusammenhalt der Union ist ebenso ständigen Belastungsproben ausgesetzt wie die Stabilität der Mitgliedsstaaten. Überall tun sich Risse zwischen sozialen Gruppen auf, die im glimpflichsten Fall zur Entfremdung, möglicherweise aber auch zum offenen Konflikt führen können.

Die Globalisierung mit ihrem Wettbewerbsdruck hatte schon Dahrendorf als wesentlichen Antagonisten des gesellschaftlichen Zusammenhalts erkannt, gerade wegen ihrer unbestreitbaren Vorzüge. Öffnung und internationale Vernetzung versprechen so viel an Mehrwert (nicht nur ökonomisch, auch im Bereich des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs), dass es nur unter rigiden autokratischen Bedingungen möglich ist, ein Land davon abzukoppeln. Nur kommt die Dynamik eben nicht allen gleichermaßen zugute – auch das war den Beobachtern bereits 1995 klar,

weshalb auch die meisten Länder mit unterschiedlichem Erfolg versucht haben, mehr oder weniger kräftig gegenzusteuern.

Im Jahr 2018 sind zwei weitere Faktoren hinzugekommen, die erklären, warum der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder zu einem brennenden Problem geworden ist:

Zum einen ruft die Digitalisierung neuerlich die Schreckensvision von Massenarbeitslosigkeit wach, nachdem schon in den 1990er-Jahren die größte mit der Globalisierung verbundene Befürchtung gelaftet hatte: Sämtliche Industrie-Arbeitsplätze werden in „Billiglohnländer“ (abschätzbare Begriffe dieser Art waren damals noch nicht so verpönt) abwandern.

Zum anderen übt die Migration Druck auf den sozialen Zusammenhalt aus. Real konnte zwar die Zuwanderung nach der Krise von 2015 gestoppt – also auf das davor gewohnte Niveau zurückgefahren – werden. Aber für große Teile der Bevölkerung bleibt die Bedrohung einer neuerlichen Einwanderungswelle präsent, Migration ist weiterhin ein virulentes politisches Konfliktthema. Zudem hat die Arbeit der eigentlichen Integration erst begonnen, sie ist erst recht mit Misstrauen, Unverständnis und Widerständen auf beiden Seiten befrachtet.

Ängste, Verunsicherungen und das Gefühl, dass alles irgendwie auseinandergeht, führen zu Gegenreaktionen. Eine der ersten ist dabei stets ein Reflex des Abschottens und Absonderns. Damit wird der soziale Zusammenhalt aber weiter geschwächt. Die Antwort auf das Problem verstärkt dieses noch. Angesichts zerfließender Gesellschaftsstrukturen und schwindender Rollenvorbilder wollen die Menschen ein bisschen mehr Klarheit auf die Frage, wie sie sich selber sehen und einordnen können und wer von denen da draußen zu ihnen gehört. „Es geht vor allem um Identitäten“, schreibt die US-Politologin Katherine Cramer, „die Leute überlegen, welche Art von Person sie sind und welche Art die anderen sind“.

Doch bei diesem Prozess muss zwangsläufig eine gesplante Gesellschaft entstehen. Wenn die Suche nach der eigenen Identität über die Abgrenzung von anderen geschieht, dann folgt auf die Abgrenzung sehr bald die Ausgrenzung: Erst versichern wir uns, dass wir anders sind als die, dann einigen wir uns auch darauf, dass wir sie ablehnen und erklären schließlich, dass wir nichts mit ihnen zu tun haben wollen.

Der Chef des österreichischen Arbeitsmarktservice AMS, Johannes Kopf, machte im Dezember seiner Sorge über die starke Zunahme dieses ausgrenzenden Denkens Luft, indem er einen ironischen Tweet absetzte: „Ein Weihnachtswunsch? Dass die bei ihrem SETI Projekt (Search for Extraterrestrial Intelligence) endlich Außerirdische finden. Damit dieses depperte ‚Wir und die anderen‘-Denken sich nicht mehr gegen irgendwelche von uns richten muss.“

Pointiert griff er damit das zentrale Thema dieser Arena Analyse auf (für die er, anders als in den Vorjahren, als Panel-Experte leider nicht zur Verfügung stehen konnte). Vor allem aber lieferte er die Idee für den Titel: Wir



und die anderen – das ist die Kurzformel für ein menschlich zutiefst verständliches, für die Gesellschaft als Ganzes aber schädliches Denkmuster. Das zu überwinden, gehört ganz im Sinne von Lord Dahrendorf zu den größten Herausforderungen der nächsten Zukunft.

## 1. Wir driften auseinander

---

Der tschechische Schriftsteller Václav Havel war in Zeiten des Kommunismus verfolgter Regimekritiker, wurde nach der Wende Staatpräsident der Tschechoslowakei und nach der Teilung seines Landes in zwei Staaten auch Präsident der Tschechischen Republik. Zwischen den beiden Ämtern lag das Jahr 1992, wo er acht Monate lang nichts anderes als Autor war und ein Buch mit dem Titel „Sommermeditationen“ verfasste, eine Sammlung von optimistischen, etwas idyllisch angehauchten Visionen einer freien, solidarischen, glücklichen Gesellschaft. Starker innerer Zusammenhalt ist das wesentliche Merkmal dieser idealtypischen menschlichen Gemeinschaft. Wenn Havel davon träumt, dass es „zwei Gasthäuser in jeder Straße“ geben wird, dann klingt sowohl die Freude durch, dass die kommunistische Mangelwirtschaft überwunden wurde, als auch die Einsicht, dass solche Lokale als Zentren der Kommunikation und des Zusammenhalts fungieren: „Kleine Gemeinschaften werden sich auf natürliche Weise bilden, auf die Straße, den Wohnblock, die Nachbarschaft gegründete Gemeinschaften.“

Anders als Havel gedacht hatte, muss aber eine solche Gemeinsamkeit, wenn sie einmal erreicht wurde, nicht notwendigerweise von Dauer sein. Sechs Jahre nach dem Tod des großen Dichters und Staatsmanns kann sein Land zwar nicht über einen Mangel an gemütlichen Wirtsstuben klagen, aber die Gesellschaft insgesamt leidet unter ähnlichen Rissen und Spaltungen, wie sie auch in den meisten anderen europäischen Ländern beobachtet werden. „*Der soziale Zusammenhalt in Europa nimmt ab*“ – so lautet ein zentraler Befund der Arena Analyse 2018. Während noch vor zehn oder zwanzig Jahren von der EU – bei aller Skepsis – erwartet wurde, dass sie das immer stärkere Zusammenwachsen des Kontinents ermöglichen würde, so mehren sich heute die Zeichen, dass die Distanz zwischen regionalen und sozialen Gruppen eher größer wird und dass dieses Auseinanderentwickeln von vielen sogar gewollt wird.

Dabei wäre Kohäsion ein offizielles Ziel der Europäischen Union. Ein gemeinsames Europa, so die immer noch überwiegende Überzeugung der 27 Mitgliedsstaaten (wahrscheinlich kann man hier Großbritannien bereits abziehen), wird nur gelingen, wenn die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen nicht allzu groß sind. Dabei geht es nicht nur um Einkommen und Lebensstandard, sondern auch um gemeinsame Werte, um die Chancen, von den Vorteilen des gemeinsamen Marktes und der Freizügigkeit überhaupt profitieren zu können. Nicht zuletzt soll vermieden werden, dass ganze Regionen die EU als eine unnötige und für sie selbst unprofitable Veranstaltung wahrnehmen, wenn nicht gar als Verschwörung der Eliten, die an einem fernen, unerreichbaren Ort namens Brüssel die Spielregeln in ihrem Sinn gestalten.

Deshalb wurde die Idee der Kohäsion 2010 in einem langfristigen Programm mit dem Titel „Strategie 2020“ konkretisiert. In fünf Bereichen – Beschäftigung, Bildung, Bekämpfung der Armut, Innovation und Klimawandel – sollen präzise definierte Ziele erreicht werden. Allerdings konnte die Vision eines stärkeren Zusammenwachsens nicht eingelöst werden, die zentrifugalen Entwicklungen wurden nicht ausreichend eingebremst, kritisiert ein Arena-Analyse-Experte: *„Die Kohäsionspolitik, mit der die regionalen Unterschiede innerhalb der EU, insbesondere zwischen Nord und Süd und später zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten ausgeglichen hätten werden sollen, entfaltet immer weniger Wirkung.“*

Auch der offizielle „Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“ für 2017 muss eingestehen, dass in den verbleibenden drei Jahren bis Ende 2020 noch viel zu erledigen sein wird. Zwar wurden natürlich seit 2010 beträchtliche Fortschritte erreicht, doch ein wirtschaftliches und kulturelles Zusammenwachsen lässt noch auf sich warten. Jene Staaten, die bereits 2010 im Hintertreffen waren, sind es offenbar geblieben, wie der Bericht vermerkt: „Portugal, Spanien, Süditalien, Kroatien, Griechenland, Bulgarien, Rumänien und Ostungarn sind von den EU-Zielen am weitesten entfernt.“ Noch dazu liefert die länderweise Betrachtung ein viel zu grobes Bild: „Es sind starke innerstaatliche Abweichungen festzustellen. Neben dem bekannten Nord-Süd-Gefälle in Italien gibt es auch in Frankreich, Deutschland, Belgien, im Vereinigten Königreich, in der Tschechischen Republik sowie in Dänemark Regionen mit sehr hohen und andere mit niedrigen Indexwerten.“

Wie stark die Unterschiede selbst in eng nebeneinanderliegenden Regionen sein können, zeigen etwa die Zahlen über die Säuglingssterblichkeit. Die konnte zwar im EU-Schnitt erwartungsgemäß auf ein sehr niedriges Niveau gebracht werden, nämlich auf 3,6 Todesfälle pro 1000 Lebendgeburten. In einigen Gegenden ist sie allerdings nahezu doppelt so hoch, und dabei handelt es sich keineswegs um entlegene oder notorisch unterentwickelte Gebiete. Zum Beispiel weisen die englischen Countys Shropshire und Staffordshire (das ist die Gegend nördlich von Birmingham) eine Sterblichkeitsrate von über 6 aus. Nur wenige Kilometer weiter westlich in Wales liegt sie wieder im Durchschnitt. In den West Midlands ist auch die Lebenserwartung insgesamt merklich niedriger als etwa in Südengland oder in Schottland.

Den Menschen in solchen Regionen ist ihre Benachteiligung sehr deutlich bewusst. Sie finden in der Regel nur zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren: Wer die Chance dazu hat, zieht weg, wandert aus in einen Bezirk oder ein Land, das ihm nicht mehr das Gefühl gibt, am Rand zu leben. Die anderen grenzen sich noch stärker ab und entwickeln ein Selbstbewusstsein, das sich gezielt gegen die Gruppen im Zentrum der Gesellschaft richtet, die Idee einer Gemeinsamkeit empfinden sie nur mehr als Hohn.

## 1. Wir driften auseinander

Tatsächlich registriert der EU-Kohäsionsbericht von 2017 starke Wanderbewegungen innerhalb der Union, sowohl zwischen den Mitgliedsstaaten als auch innerhalb: „Die großen Unterschiede bei Arbeitslosigkeit und Einkommen zwischen den Regionen bringen Menschen dazu, aufgrund besserer Aussichten auf einen Arbeitsplatz und/oder um Armut zu entkommen, den Wohnort zu wechseln. [...] Eine wichtige Aufgabe der Regionalentwicklung besteht darin, die Faktoren anzugehen, die Menschen dazu drängen, wegzuziehen.“

Zurück bleiben jene, für die ein permanentes Auswandern (und sei es auch nur in den Norden des Landes, in die Hauptstadt oder ins Nachbarland) nicht in Frage kommt, weil sie die nötige Qualifikation nicht besitzen, weil sie mit Fremdsprachen nicht zurechtkommen, oder weil sie emotional zu sehr in ihrer Heimat verwurzelt sind. Wer daher die weniger entwickelten Regionen isoliert betrachtet, konstatiert dort abnehmende Mobilität. *„In vielen europäischen Ländern nimmt die geografische wie auch die soziale Mobilität ab“*, hat ein Teilnehmer der Arena Analyse beobachtet. Mit deutlich sichtbaren politischen Folgen: *„Die damit verbundene Frustration der Abgehängten lässt sie anfällig werden für populistische, nicht selten antidemokratische, auf autoritäre Lösungen setzende politische Strömungen“*.

### **Jede Gesellschaft braucht Zusammenhalt**

Mittlerweile bereitet diese Entwicklung auch den politischen Entscheidungsträgern Sorge, vor allem natürlich jenen, die ein starkes Europa für wünschenswert halten. So rief die deutsche Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Neujahrsansprache am Silvestertag 2017 zu Zusammenhalt in der Bevölkerung auf. „Wir müssen uns wieder stärker bewusstwerden, was uns im Innersten zusammenhält“, sagte Merkel, und meinte damit nicht nur ihre Landsleute: Die Europäer müssten ihre „Werte solidarisch und selbstbewusst nach innen wie nach außen vertreten“, sagte Merkel weiter. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron mahnte in ganz ähnlicher Weise zum Jahresanfang zu „Fraternité“, mit demselben Hintergedanken: Fraternité sei es, was die Gesellschaft zusammenhält.

Soziale Kohäsion ist zentral für jedes Leben in einer Gemeinschaft und Gesellschaft. Wo sie schwächer wird, brechen früher oder später Konflikte auf, die umso schwerer zu bewältigen sind, als das Verständnis für das Gemeinsame bereits verloren gegangen ist. Stattdessen entstehen Subsysteme, die sich voneinander abgrenzen und in die eine oder die andere Richtung die Solidarität aufkündigen. *„Es ist eine bedrohliche Entwicklung, wenn gesellschaftliche Teilgruppen nichts mehr miteinander zu tun haben wollen“*, konstatiert deshalb eine Expertin der Arena Analyse.

Beim Versuch, das Wesen von Kohäsion zu beschreiben, greift die Soziologie typischerweise zu Begriffen wie Solidarität, Gegenseitigkeit, Vertrauen, die Fähigkeit und Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln (vom

freiwilligen Wegräumen des Drecks vor der Tür bis zum Organisieren von Gassen- oder Schulfesten), Zufriedenheit, Heimatgefühl, ein Gefühl für Gemeinsamkeit und Gemeinwohl.

Die Kohäsion einer Gesellschaft hat zunächst nichts mit sozialer Gleichheit und auch nichts mit ethnischer oder kultureller Gleichförmigkeit zu tun, wenngleich es leichter ist, in homogenen Gruppen das Bewusstsein gemeinsamer Ziele und Interessen zu entwickeln. Die irischen Wissenschaftler Richard Layte und Christopher Whelan untersuchten in ihrer Studie „Who feels inferior?“ 2013 zahlreiche Gruppen mit deutlichen Einkommensunterschieden und fanden sowohl Beispiele, wo trotz dieser Unterschiede starker Zusammenhalt herrschte, als auch gegenteilige Fälle. In gleicher Weise kann auch das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen und Ethnien manchmal glücken und manchmal eben nicht. Das Bewusstsein der eigenen bunten Vielfaltigkeit kann sogar identitätsstiftend sein – zum Beispiel lobt Havel in seinen „Sommermeditationen“ Mitteleuropa als „Ort, an dem sich seit Menschengedenken alle möglichen politischen, militärischen, ethnischen, religiösen und kulturellen Interessen, Eroberungen und Einflüsse gekreuzt haben“.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und – soziale, kulturelle oder sonstige – Diversität müssen jedenfalls kein Widerspruch sein, darauf pochen bereits einige der Pioniere der Soziologie, nämlich Max Weber, Émile Durkheim und Georg Simmel. Moderne Gesellschaften sind nicht auf Homogenität angewiesen, meint Max Weber, sie bestehen vielmehr gerade aus „differenzierten Komplexen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse“. Allerdings braucht es einen Mechanismus oder eine Kraft, die für den aktiven Aufbau von Gemeinsamkeit sorgt. Diesen Kitt, der eine gewisse Einheit, ein gemeinschaftliches Gefühl trotz aller Verschiedenheiten ermöglicht, glaubt Émile Durkheim im „kollektiven Bewusstsein“ zu finden. Er definiert es als „Gesamtheit der Anschauungen und Gefühle, die der Durchschnitt der Mitglieder derselben Gesellschaft hegt.“ Daraus entsteht „organische Solidarität“, sie beruht auf freiwilliger Zusammenarbeit, die auf die Interessen der Einzelnen abgestimmt ist. Georg Simmel schließlich versteht zunehmende Verschiedenheit einer Gruppe als eine Art pädagogisch wertvolle Störung, die zum Aufbau von neuen Formen der Gemeinsamkeit führt – die Diversität zwingt zur verstärkten Auseinandersetzung und zu intensivierten Kontakten und damit zum Abbau ursprünglicher Vorurteile.

Damit formuliert er allerdings nicht so sehr eine soziologische Hypothese als einen gesellschaftspolitischen Auftrag. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht von selbst, und die empirische Bestandsaufnahme der europäischen Gegenwart legt den Schluss nahe, dass wir uns gegenwärtig eher am Anfang eines solchen Prozesses befinden: Die von Simmel angedachte Arbeit des Abbaus von Abneigungen und der Aufbau eines

kollektiven Bewusstseins im Sinne Durkheims liegen ganz ohne Zweifel noch vor uns.

### **Sozialer, kultureller und politischer Zusammenhalt**

Die Experten und Expertinnen der Arena Analyse halten drei Arten des Zusammenhalts für essenziell: den sozialen, den kulturellen und den politischen. Sozialer Zusammenhalt muss vor allem dem stark verbreiteten Gefühl entgegenwirken, vom wirtschaftlichen Wachstum abgekoppelt zu sein oder durch die Veränderungen in der Arbeitswelt (ausgelöst durch Globalisierung und Digitalisierung) besonders stark gefährdet zu werden. Mehr noch als um die Beseitigung von realer Benachteiligung geht es hier darum, den Kampf gegen Ängste und negative Zukunftserwartungen aufzunehmen. So hat ein Experte der Arena Analyse beobachtet, *„dass es einen beträchtlichen Unterschied zwischen der objektiven Ungleichheit und der gefühlten Ungleichheit gibt, wobei diese gefühlte Ungleichheit rascher wächst als die objektive“*. Die Vorteile der Globalisierung – höheres Wirtschaftswachstum, weniger Armut in Entwicklungsländern – kommen in der eigenen Bevölkerungsschicht nicht an, oder sie bestehen nur in billigeren Konsumgütern und werden daher weniger deutlich wahrgenommen als die Nachteile, hier vor allem das Verschwinden von niedrig qualifizierten, aber trotzdem gesellschaftlich anerkannten Jobs und der Verlust traditioneller Sicherheiten.

Kultureller Zusammenhalt wird unter anderem durch die Migration von Menschen aus anderen Kulturen und mit anderen Wertesystemen herausgefordert. In Osteuropa lassen sich die besonderen Spezifika dieser Entwicklung noch klarer beobachten. Der aus Bulgarien stammende und in Wien forschende Politologe Ivan Krastev hat sie in seinem viel diskutierten Buch *„Europadämmerung“* sehr plastisch beschrieben: Länder wie zum Beispiel Ungarn oder Bulgarien, die noch vor zwei Jahrzehnten tausende Flüchtlinge aufgenommen und integriert haben, stemmen sich heute gegen die Unterbringung von relativ geringen Kontingenten, und zwar deshalb, weil sie der Überzeugung sind, dass sie den Muslimen aus Syrien und Afghanistan keine Solidarität schulden, während das bei der Zuwanderung von Menschen aus Rumänien, der ehemaligen Sowjetunion oder dem Balkan sehr wohl der Fall war.

In Österreich und den westeuropäischen Ländern wendet sich die kulturelle Abgrenzung meist gegen den patriarchalischen und religiös-rückständigen Charakter des Weltbildes, das manche Zuwanderer mitbringen. Gleichzeitig *„geht der Toleranzpegel massiv zurück“*, heißt es in einem Beitrag zur Arena Analyse, *„Egoismus und Angst prägen das gesellschaftliche Klima und verstärken den Unwillen, anderes Verhalten als das eigene oder andere als die eigenen Überzeugungen zuzulassen.“*

Schwindender politischer Zusammenhalt lässt sich vor allem auf europäischer Ebene beobachten (und wird in Kapitel 2 ausführlich beschrie-

ben): *„Neben dem Nord-Süd-Gegensatz, den die Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöst hat, gibt es immer stärker auch einen West-Ost-Konflikt, der sich in unterschiedlichen Auffassungen von Demokratie und in einem unversöhnlichen Gegensatz über den richtigen Umgang mit Flüchtlingen ausdrückt“.*

Doch auch in Österreich *„war gerade im letzten Wahlkampf festzustellen, dass anscheinend das alte Lagerdenken wieder zurückkehren könnte“.* Das betrifft zum einen Versuche, politische Interessengegensätze wieder mit einer Links-Rechts-Begrifflichkeit zu beschreiben und damit als dauerhaft zu definieren. Vor allem aber zieht durch die Debatte um eine Reform der Sozialpartnerschaft auch im Verhältnis zwischen den institutionalisierten gesellschaftlichen Organisationen ein neues Konfliktdenken ein. *„Ich erwarte, dass der Ton zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern rauer wird“*, meint eine Expertin, eine andere fürchtet, dass *„in herkömmlichen Beschäftigungsverhältnissen ArbeitnehmerInnenrechte abgebaut werden und der Arbeitsmarktdruck auf die/den Einzelnen erhöht werden [...] Die neuen Arbeitsformen verstärken die Prekarisierung des Arbeitsmarktes“.*

Auf all diesen Feldern des schwindenden Zusammenhalts geht auch die Durchlässigkeit und damit die soziale Mobilität verloren. *„Gesellschaften mit starker Kohäsion sind immer auch durchlässig“*, erinnert eine Expertin. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit über die Grenzen der Schichtzugehörigkeit hinaus ermöglicht den Aufstieg oder auch den Umstieg. Nimmt die Fähigkeit einer Gesellschaft zur inneren Mobilität ab, so verfestigen sich die bestehenden Gruppen, sie grenzen sich immer stärker voneinander ab. An die Stelle der Gemeinsamkeit und der Offenheit für Menschen mit abweichenden Lebensentwürfen tritt eine scharfe Trennung zwischen „Innen“ und „Außen“, die Welt wird geteilt in „Wir“ und „die anderen“.

## 2. Drinnen gegen draußen

---

Das offizielle Selbstverständnis der Europäischen Union drückt sich am besten in zwei Bildern aus dem Jahr 1989 aus. Das eine stammt vom 9. November und zeigt den ersten Durchbruch durch die Berliner Mauer, eine jubelnde Menschenmasse umringt die eben geschlagene Bresche. Auf dem zweiten sind die Außenminister von Ungarn und Österreich, Gyula Horn und Alois Mock, zu sehen, wie sie am 16. Dezember den Grenzzaun zwischen ihren beiden Ländern durchschneiden und damit symbolisch den „Eisernen Vorhang“ zwischen dem West- und dem Ostblock beseitigen.

Die Vereinigung von West und Ost wurde in diesem Jahr gestartet und 2005 mit dem Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (plus Malta und Zypern) sowie zwei Jahre später Bulgarien und Rumänien vollendet. Seither inszeniert und präsentiert sich das vereinigte Europa als gemeinsamer Raum, als Union von Menschen, die Grenzen als überholt betrachten und für die nationale Unterschiede so etwas wie die folkloristische Würze eines ansonsten der wirtschaftlichen und politischen Vernunft verpflichteten Konsenses darstellen.

Kohäsion und beständige Annäherung – die Formel von der „ever closer union“, dem „immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“ – wurden bereits in der Stuttgarter Deklaration von 1983 zum Leitmotiv des politischen Handelns erklärt, bei der Schaffung des Binnenmarkts 1993 bildeten sie die oberste Richtschnur.

Doch die Realität des Jahres 2018 sieht anders aus. Ein neutraler Beobachter würde beim Blick auf die Politik der 28 EU-Mitglieder wohl kaum auf die Idee kommen, dass einem von ihnen das engere Zusammenrücken ein vordringliches Anliegen wäre. Die Integration ist ins Stocken geraten, es mehren sich sogar die Anzeichen der Desintegration, und man muss dazu gar nicht den Austritt Großbritanniens ins Treffen führen. Gesamteuropäische Politik wird immer schwieriger, selbst im lange Zeit unumstrittenen Bereich der wirtschaftlichen Interessen. Internationale Verträge wie TTIP oder Ceta, die eigentlich die EU als globale Wirtschaftsmacht etablieren sollten, werden durch Querschüsse einzelner Staaten blockiert. Die Idee, Asylwerber nach einem EU-weiten Plan gemeinsam zu versorgen, stieß auf empörte Ablehnung in fast allen mitteleuropäischen Ländern – man will lieber sein eigenes nationalstaatliches Süppchen kochen.

Sogar neue Grenzen wurden errichtet. Es klang wie eine bedauernde Beschwörung, als die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini im März 2017 sagte: „Wir Europäer feiern, wenn Mauern eingerissen und Brücken gebaut werden“ – es war als Kritik an Donald Trumps Plänen zum Mauerbau an der mexikanischen Grenze gedacht. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beschwor des Öfteren: „Zäune haben keinen Platz in



Europa“, aber das ist längst eine Mahnung, nicht eine Feststellung. Tatsächlich hat Europa in den letzten fünf Jahren rund 12.000 Kilometer an Stacheldraht-Barrieren neu aufgestellt, und bei weitem nicht nur an den EU-Außengrenzen, sondern zum Beispiel auch zwischen Bulgarien und Griechenland oder (wenigstens temporär) zwischen Österreich und Slowenien. Noch weiter verbreitet sind die unsichtbaren Mauern: Frankreich, Italien, Deutschland, Spanien, Dänemark, Österreich und Ungarn haben alle zumindest für einige Zeit strenge Zutrittskontrollen eingeführt und damit die vermeintlich verschwundenen Grenzen mit einem Schlag wieder zum Vorschein gebracht.

Durchaus zur Zufriedenheit der eigenen Staatsbürger: Dass die Grenzen, die im Zuge des Schengen-Prozesses mühsam beseitigt worden waren, innerhalb kurzer Zeit neu errichtet wurden, stieß auf hohe Akzeptanz, und zwar gerade unter den Bewohnern der Grenzregionen, die doch eigentlich am stärksten von den Nachteilen – zum Beispiel Staus und Kontrollen bei bisher ungestörten Fahrten ins Nachbarland – betroffen waren. Die Regierungen beeilten sich, den vorübergehenden Charakter der Maßnahmen zu betonen, und dass es sich lediglich um Schutz gegen Terrorgefahr handelt.

### **Wer zusammenrücken will, muss sich abgrenzen**

Von der Bevölkerung wurde die Schließung der Grenzen völlig zu Recht als Mittel zur Abwehr von unerwünschten Migranten verstanden. In Wahrheit steckt sogar noch mehr dahinter, wie die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Arena Analyse 2018 meinen: Ein großer Teil der Menschen in Europa hat schlicht das Bedürfnis, sich abzugrenzen. Offenheit steht derzeit nicht sehr hoch im Kurs. „*Wir erleben überall neue Formen der Trennung in ein Innen und ein Außen*“, schreibt eine Expertin.

Das Zusammenrücken und das Abgrenzen nach Außen sind ihrerseits Reaktionen auf den Schwund des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dass dieser abnimmt, ist auch die weitgehend übereinstimmende Beobachtung des Arena-Analyse-Panels. „*Die Gesellschaft driftet auseinander*“, formuliert ein Experte. In einem anderen Beitrag heißt es: „*Nicht nur Österreich, unsere Welt hat insgesamt Risse bekommen*“. Dieser Prozess führt dazu, dass die Menschen Halt in kleineren, ihnen näherstehenden und für sie leichter verstehbaren Einheiten suchen. Der Zusammenschluss in kleineren Gruppen – das kann das Land, die Nation sein, die Heimatregion, die weltanschauliche Gemeinschaft, vielleicht auch einfach nur die Facebook-Gruppe – vermitteln das Gefühl von Gemeinsamkeit, das in der größeren Einheit verloren gegangen ist. Doch wird der stärkere Zusammenhalt durch eine Abgrenzung nach außen erkaufte und verstärkt damit genau jenes Auseinanderdriften der Gesellschaft, gegen das sich die Abwehrreaktion eigentlich gerichtet hat.

## 2. Drinnen gegen draußen

Das Phänomen wiederholt sich auf mehreren Ebenen und in unterschiedlichen Größenordnungen immer wieder:

- ▶ Die EU ist durch das Erstarken des Nationalismus und unzählige „My country first“-Egoismen bedroht. Gemeinsame Vorhaben scheitern an innenpolitisch motivierten Widerständen einzelner Staaten, immer öfter wird der Ruf erhoben, Beschlüsse des EU-Rats und des EU-Parlaments noch einmal in nationalen Parlamenten absegnen oder eben scheitern zu lassen.
- ▶ Fast alle europäischen Staaten haben das Prinzip „Vorrang für Inländer“ zu einer Leitlinie ihrer Politik gemacht, manchmal mit bewusst inszeniertem Getöse (wie etwa Österreich, wenn die Familienbeihilfe für ausländische Beschäftigte auf das Kaufkraftniveau ihrer Herkunftsländer abgesenkt wird), manchmal mit basisdemokratischer Sorgfalt (wie die Schweiz bei einem Gesetz, das sogar „Vorrang für Inländer“ heißt), manchmal in aller Stille (wie beim sogenannten „Anwerbestopp“ in Deutschland, wo ausländische Arbeitskräfte nur eingestellt werden können, wenn es nachweislich keine Inländer für den Job gibt – allerdings sind hier EU-Bürger aus unionsrechtlichen Gründen den Deutschen gleichgestellt).
- ▶ Wer aber um den Fortbestand der EU fürchtet, weil die Menschen wieder die Liebe zu ihrer Nation entdecken, sollte nicht übersehen, dass den Nationalstaaten der gleiche Zerfall droht, nämlich durch die Autonomiebestrebungen einzelner Regionen. Katalonien und das Padanien der Lega Nord in Italien sind da nur die Extrembeispiele. Um Abgrenzung gegen den jeweiligen Zentralstaat bemühen sich (in alphabetischer Reihenfolge) auch die Basken, die Bewohner der Färöer-Inseln, die Flamen und Wallonen, die Korsen, die Schotten, die Südtiroler. Außerhalb der EU, aber immer noch in Europa, wollen die Moldawier in Transnistrien, die Serben in Bosnien-Herzegowina sowie in die russischsprachige Bevölkerung im Osten der Ukraine nicht mehr zum Gesamtstaat gehören.
- ▶ Weniger deutlich erkennbar, aber nicht minder folgenschwer ist die räumliche Trennung von Gruppen mit unterschiedlichen Lebensstilen – die Entstehung von Lifestyle-Ghettos. Sie bilden sich gewissermaßen durch unbewusste Selbst-Clusterung, indem zum Beispiel Menschen, die einen urbanen Lebensstil bevorzugen, eben in die Städte ziehen. Wer dagegen traditionelle persönliche Sozialkontakte und geruhsame Übersichtlichkeit vorzieht und überdies kein Problem mit ständigen Autofahrten hat, fühlt sich in ländlichen Regionen wohler. Stadt und Land entwickeln sich unmerklich auseinander. Sichtbar wird die Kluft zum Beispiel bei Wahlen, wo die Sozialforscher bereits zum wiederholten Mal feststellen, dass die Stimmverteilung in den Städten ganz anders aussieht als in den Dörfern, dass sich dort auch unterschiedlich Wahlmotive aufspüren lassen und auf die Frage nach

den wichtigsten politischen Problemen unterschiedliche Antworten gegeben werden. Auch Marketing-Studien zeigen immer wieder, dass typische Lebensstil-Indikatoren geografisch ungleich verteilt sind. Das gilt nicht nur für die Stadt-Land-Kluft, sondern auch innerhalb der Städte, wo sich unterschiedliche soziale und ethnische (inzwischen auch öfter religiöse) Gruppen verstärkt in jeweils ganz bestimmten Bezirken niederlassen – worauf diese von Angehörigen anderer Gruppen umso mehr gemieden werden. Die kommunal- und integrationspolitisch mit Recht so sehr unerwünschte Ghettobildung erhält so immer neue Impulse.

Ganz offensichtlich ziehen es viele Menschen vor, mit ihresgleichen zusammen zu rücken (welche Kriterien auch immer im konkreten Fall die Zugehörigkeit definieren mögen) und empfinden bunte Verschiedenheit in ihrem Umfeld eher als anstrengend denn als bereichernd. Dieser Befund trifft in besonders hohem Maße auf die sozialen Medien mit ihren Filterblasen zu: Deren starke Tendenz zur Schaffung von homogenen Gruppen, die sich nach außen abgrenzen, wird seit einigen Jahren häufig kritisch thematisiert (siehe dazu auch Kapitel 5).

### **Zwei Auslöser: Finanzkrise und Migration**

Die starke Beschleunigung dieses paradoxen Phänomens, das zum Auseinanderdriften der Gesellschaft führt, gerade weil die Menschen nach stärkerem Zusammenhalt suchen, hat nach Einschätzung des Arena-Analyse-Panels zwei Ursachen. Sie heißen „Globalisierung“, genauer die durch die globale Deregulierung der Finanzmärkte ausgelöste Krise, und „Migration“.

Beide Ereignisse hatten auf die europäische Bevölkerung politisch, ökonomisch und psychologisch ähnliche Auswirkungen wie es etwa eine Naturkatastrophe gehabt hätte, meint einer der teilnehmenden Experten und spricht deshalb von „Schocks“: *„Beide Schocks zusammen haben in Europa die Tendenz zu mehr regionaler und nationaler Autonomie verstärkt und damit ebenso die Los-von-Brüssel-Bewegung, die schon in einigen EU-Mitgliedstaaten latent vorhanden war.“*

Die Finanzkrise spaltete bereits die EU in zwei Welten, die in der Regel vereinfacht als „Norden“ und „Süden“ apostrophiert werden. Der Norden hat die Krise relativ gut gemeistert, wenn auch mit hohem finanziellem Aufwand, wogegen der Süden drakonische Sanierungsmaßnahmen auf sich nehmen musste. Rein ökonomisch hat sich dieser Weg als sinnvoll erwiesen, doch er hinterließ politische Wunden und schürte Ressentiments, nicht nur gegen die „Brüsseler Diktatur“, sondern auch wechselseitig zwischen den betroffenen Staaten. Deutsche Zeitungen (ein wenig auch die französischen) stellten ihr Land als Melkkuh der Euro-Zone dar, die meisten Deutschen waren und sind überzeugt, dass sie es waren, die durch ihre

## 2. Drinnen gegen draußen

Zahlungen an Griechenland, Spanien und Italien die Hauptlast der Krise tragen mussten. Die Öffentlichkeit der genannten Länder sieht das aber genau umgekehrt. Die Menschen dort halten sich für die Opfer eines neoliberalen (oder noch schlimmer: protestantischen) Austeritätswahns, der ihnen von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble aufgezwungen wurde. Auf beiden Seiten wurden Stimmen laut, dass der Euro und die EU ihnen nur Nachteile brächten und man sich stärker auf die eigenen nationalen Interessen konzentrieren solle.

Den zweiten großen Schock brachte die Migrationswelle ab 2015 in Folge des Syrienkrieges. Sie löste zum einen den Ruf nach neuen Grenzen und neuen Stacheldrahtzäunen aus, zum Zweiten brachte sie ebenfalls eine innere Spaltung der EU zum Vorschein, diesmal zwischen Westen und Osten. Der Osten weigerte sich, bei der Aufteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten mitzumachen. Allen voran waren es die Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn), doch in Bulgarien, Rumänien und den baltischen Ländern ist die Stimmung nicht anders. Dieses Scheitern der EU-Asylpolitik, so ein Experte, *„offenbarte zugleich einen Riss, der quer durch die EU geht, eine Spaltung in west- und osteuropäische Länder mit unterschiedlichen politischen Zielen“*.

Und wieder besteht das Resultat in wechselseitigen nationalistischen Ressentiments – sehr eindringlich nachzulesen im oben zitierten Essay „Europadämmerung“ von Ivan Krastev. Der Westen begegnet dem Osten mit moralisch aufgeladenen Vorwürfen angesichts dessen Weigerung, Flüchtlinge aufzunehmen. Wie können die ehemals kommunistischen Staaten, deren Bürger doch noch vor wenigen Jahrzehnten selbst zu den Verfolgten und politisch Unterdrückten gehörten, so wenig Solidarität zeigen und sich so weit von den Grundwerten der Europäischen Union entfernen? Die Mitteleuropäer wiederum sind empört über diese Zumutung, schreibt Krastev: „Da sie ärmer sind als die Westeuropäer, fragen sie sich, wie jemand von ihnen spontane humanitäre Solidarität erwarten könne.“ Denn ohnehin „sehen sie sich als vergessene Verlierer“.

Die Finanzkrise und die Flüchtlingskrise waren Ereignisse von kontinentaler oder sogar globaler Dimension, daher werden ihre negativen Auswirkungen auf den Zusammenhalt der EU als erste sichtbar. Die Wirkungen gehen aber viel tiefer in die Gesellschaft hinein. So zitiert ein Teilnehmer der Arena Analyse den deutschen Soziologen Ralf Dahrendorf, der bereits 2002 schrieb: „Die Globalisierung der Wirtschaft scheint Hand in Hand mit neuen Formen des sozialen Ausschlusses zu gehen.“

Ein anderer verweist auf eine Aussage der italienischen Politikerin Emma Bonino (sie war unter anderem Außenministerin ihres Landes und EU-Kommissarin), die angesichts der inneren Widersprüche der Globalisierung meinte: „Unsere Wirtschaften brauchen, was unsere Gesellschaften fürchten.“ Tatsächlich haben die Eliten in Europa und Nordamerika die politische Sprengkraft der negativen Nebenwirkungen der Globalisierung

unterschätzt. Es ist zwar unbestritten, dass der allmähliche Abbau von Handelsschranken und die Intensivierung des weltweiten Handels in Summe alle reicher gemacht haben. Es gibt unzählige Statistiken über den großartigen Anstieg des BIP, auch und gerade in weniger entwickelten Ländern. Was sich jedoch nicht erfüllt hat, war die Hoffnung, dass die Anpassung in den Industriestaaten schneller und reibungsloser vor sich gehen würde, dass also der Verlust von traditionellen Fabriks-Facharbeiter-Jobs durch neue, andere Arbeitsplätze aufgefangen würde. In der Realität war der Frust der mittelständischen Arbeiter über diese massenhafte Wegrationalisierung zumindest in den USA so groß, dass daraus eine der stärksten Wählergruppen für Donald Trump entstand. Was zweitens übersehen wurde: Dass selbst dort, wo die Globalisierung Verbesserungen bringt, sie nicht überall und bei jedermann in gleichem Ausmaß ankommen. Neue Ungleichheiten entstehen auch dann, wenn die einen mehr, die anderen aber viel mehr kriegen. „Viele Osteuropäer fühlen sich in ihrer Hoffnung getäuscht, der Beitritt zur EU bedeute den raschen Beginn des Wohlstands und eines von Krisen freien Lebens“, schreibt der oben zitierte Ivan Krastev.

### **Das Trilemma der Globalisierung**

Drittens aber brachte die Globalisierung ein völlig neues Gefühl der Ohnmacht angesichts globaler Kräfte, denen die Politik offenkundig nichts entgegen zu setzen hatte. Selbst wenn es vernünftig sein sollte, kleine oder keine Budgetdefizite zu haben und die Steuern aus Gründen des Standortwettbewerbs niedrig zu halten – die Tatsache, dass wir darüber nicht entscheiden können, weil uns anonyme Finanzmärkte gar keine andere Wahl lassen, führt zu Ärger und zum Wunsch, sich gegen diese Kräfte abzusichern. Der amerikanische Ökonom Dani Rodrik hat in seinem Buch „Das Globalisierungs-Paradox“ ein Trilemma beschrieben, das von mehreren Teilnehmenden der Arena Analyse zitiert wird. Teilnahme an der Globalisierung (und ihren Vorzügen) plus Demokratie plus nationale Selbstbestimmung sind nicht gleichzeitig möglich, argumentiert Rodrik. Wenn wir volle Handlungsfähigkeit herstellen wollen, die durch demokratische Entscheidungen im Inland vollständig legitimiert ist, dann müssen wir die Globalisierung begrenzen, also uns zumindest teilweise vom Freihandel und den Finanzmärkten abschotten. Da in so einem Falle viele Unternehmen und vor allem viele Investoren abwandern würden, ist diese Alternative in der Praxis nicht sehr attraktiv. Die zweite Möglichkeit ist es, die Demokratie einzuschränken, indem manche für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit nötigen Entscheidungen oder die Entscheidung über internationale Verträge gar nicht erst zur Diskussion gestellt werden. Die dritte Variante wäre es, die Demokratie zu globalisieren und damit vielleicht eine weltweite Wirtschafts-, Finanz- und Umverteilungspolitik zu

erzwingen. Dafür müsste allerdings die staatliche Souveränität aufgegeben werden.

Dani Rodrik schrieb das zitierte Buch 2011 und kam schon damals zum Resümee, dass keine der drei Möglichkeiten realpolitisch zu verwirklichen sein wird, weshalb die Staaten jeweils zwischen diesen unmöglichen Handlungsoptionen hin- und herspringen werden. Die Expertinnen und Experten der Arena Analyse erwarten, dass Konflikte entlang dieser drei Linien zunehmen werden. Der Wunsch, sich partiell von der Globalisierung abzukoppeln, kommt von Grün-Parteien und von NGOs, vor allem, wenn es um Umwelt- und Sozialstandards geht, auch der Widerstand gegen TTIP und Ceta fällt in diese Kategorie. Die Umgehung oder auch Aushöhlung von Demokratie und Souveränität gehört dagegen zum verschämt praktizierten Alltagsgeschäft der EU-Politik. Die oben erwähnte Rettung Griechenlands vor dem Staatsbankrott liefert ein eindringliches Beispiel: Im Sommer 2015 lehnte das griechische Wahlvolk in einem Referendum mit großer Mehrheit die Bedingungen ab, die der Internationale Währungsfond, die Europäische Zentralbank und die EU-Kommission für den neuerlichen (den bereits dritten) Bailout stellten. Wenige Tage danach wurde eine veränderte Version dieses Rettungsplans mit nicht weniger harten Auflagen unterbreitet, die von der Regierung Tsipras ohne Rückfragen beim Volk akzeptiert wurde.

Solche Erfahrungen hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack, der auch nicht verschwindet, wenn sich die Vorgangsweise nachträglich als richtig herausstellt. Griechenland hat 2017 einen enormen Aufschwung genommen, befindet sich auf einem raschen Weg zur Normalität und sogar zum Schuldenabbau – doch niemand im Land sagt deshalb: „Gut, dass sich Brüssel und Frankfurt damals über unsere Demokratie hinweggesetzt haben...“

Und da es noch wesentlich mehr solcher (wenn auch deutlich weniger drastischer) Beispiele gibt, wo Staaten aus Gründen der Vernunft Brüsseler Entscheidungen einfach ungefragt übernommen haben, erwarten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Arena Analyse, dass der Frust zunehmen und „*der Widerstand gegen die Politik in Brüssel wachsen*“ wird. „*Die EU (und damit auch Österreich) wird sich in naher Zukunft damit konfrontiert sehen, dass die politischen Zentrifugalkräfte zunehmen. Angesichts der immer spürbarer werdenden Folgen der Globalisierung einerseits und der Abschottungstendenzen in den USA andererseits, wird der Ruf nach mehr Mitsprache auf lokaler/regionaler Ebene und damit weniger Zentralisierung immer stärker*“. Es wird daher „*zunehmend schwerer, die Kohäsion innerhalb der Europäischen Union aufrecht zu halten*“.

Die Einigkeit der Europäer gegen die Briten darf nicht überbewertet werden, heißt es in einem anderen Beitrag: „*Einstweilen ist Europa relativ einig, wenn es um die Brexit-Verhandlungen geht. In anderen Themen werden die Gräben immer offensichtlicher und es ist anzunehmen, dass mit*

*der weiteren Verbreitung rechtspopulistischer Regierung auch in anderen westlichen EU-Staaten die Europäische Idee (und der damit verbundene europäische gesellschaftliche Zusammenhalt) massiv unter Druck geraten.“*

*Das wahrscheinlichste Szenario für die Zukunft der EU lautet: „Beim Binnenmarkt, beim Handel, bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bleiben die Interessen stark genug, um auch weiterhin Integration und Gemeinschaft zu sichern. Aber bei den übrigen Politikfeldern wird es wenig Fortschritt geben – Sozialpolitik, Steuerpolitik, Energiepolitik, Flüchtlingspolitik passieren entweder in den Nationalstaaten oder gar nicht.“*

### **Die Folgen der Migrationskrise**

Die Migrationskrise hat genau wie die Globalisierung nicht nur Europa in zwei Lager gespalten, sondern führt auch in den einzelnen Ländern und Regionen zumindest vorübergehend zu geringerer Kohäsion: *„Die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen machen Gesellschaften heterogener und bergen somit die Gefahr, den sozialen Zusammenhalt zu untergraben, wenn nicht eine sozial inklusive Integrationspolitik aktiv betrieben wird.“*

Eine solche erfordert aber hohen Aufwand, nicht nur von Seiten der staatlichen Einrichtungen, sondern auch von der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung insgesamt. *„Wenn schon innerhalb der eigenen sozialen Entität der Interessenausgleich nicht funktioniert, gelingt dies mit Gruppen aus anderen Kulturen umso weniger“,* seufzt denn auch ein Experte.

Verstärkt wird das Problem naturgemäß durch die Tatsache, dass ein großer Teil der Neuankömmlinge aus islamischen Gesellschaften stammt und daher die Integration – durch die neue Kohäsion erst geschaffen werden könnte – auch durch religiöse Barrieren erschwert wird. *„Wir haben und kriegen eine große Zahl von Migranten, die sich nicht so schnell integrieren werden, wie wir uns das wünschen“,* schreibt eine Teilnehmerin und meint: *„Wir haben lange Zeit verdrängt, dass es nicht nur darum geht, schnell zu helfen, Nahrung und Unterkunft bereitzustellen, sondern dass wir eine langdauernde Aufgabe übernehmen“.*

Dabei stellt sich ein neues Dilemma, nämlich das zwischen Integration und Toleranz: *„Zu unseren Werten gehört es, dass wir fremde Wertvorstellungen respektieren und zulassen. Aber viele Zuwanderer bringen ein Wertesystem mit, das die offene Gesellschaft des Westens untergraben würde und das wir daher bekämpfen müssen. Es scheint aber so, dass viele nicht bereit sind, das so schnell aufzugeben. Für den Westen wäre es aber ein unerträglicher Rückschritt, wenn wir zum Beispiel das Frauenbild einfach akzeptieren, das da importiert wird und zulassen, dass mitten in Europa wieder patriarchalische Familienstrukturen einfach akzeptiert werden.“*

In einem anderen Beitrag heißt es: *„Die Politik hat unterschätzt, dass die Zuwanderung nicht nur ein sozialpolitisches Problem darstellt, sondern auch*

## 2. Drinnen gegen draußen

*ein kulturelles. Es reicht nicht, Pläne für die Betreuung und die spätere Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu haben – wobei leider der Eindruck besteht, dass es auch dafür keine umfassenden Pläne gibt. Die Zuwanderer bringen eine andere Kultur mit, und diese Langzeitfolgen kann noch niemand richtig einschätzen.“*

Natürlich lautet die Schlussfolgerung aus solchen Befunden, dass Europa insgesamt und Österreich im Besonderen nicht darauf warten sollen, bis sich solche Langzeitfolgen einstellen. Klüger ist es, durch aktive Integrationsbemühungen zu verhindern, dass sich dauerhaft voneinander abgeschottete Subkulturen bilden. Das klingt leichter als es in der Praxis umzusetzen ist, vor allem darf nicht übersehen werden, dass dafür ein wechselseitiges Öffnen nötig ist, dass also die Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Kultur ein gewisses Maß an Fremdheit zulassen müssen. Was es jedoch zu überwinden gilt, ist die Abgrenzung aus Angst, das eigene Wertesystem könnte Schaden nehmen. Die Folge wäre nämlich ein weitgehender Rückzug in die homogene Kleingruppe – ein weiteres Beispiel für den Versuch, Kohäsion im Kleinen durch das Untergraben von Kohäsion im Großen herzustellen.



### 3. Der Wettstreit der Wertesysteme

---

Die letzten drei in Österreich durchgeführten bundesweiten Wahlen zeigten jeweils eine auffällige Besonderheit. Sowohl bei der Nationalratswahl 2017 als auch bei den beiden Durchgängen zur Stichwahl um den Bundespräsidenten (die aufgrund einer Anfechtung wiederholt werden musste) stimmten die Menschen in ländlichen Gebieten deutlich anders als in den Städten. Vereinfacht gesagt, war den Bewohnern der Dörfer und Kleinstädte Sicherheit und die Sorge um die durch Zuwanderung bedrohte Identität der Heimat ein wichtigeres Anliegen als den Städtern, denen umgekehrt zum Beispiel die Einheit der EU stärker am Herzen liegt. Das Eurobarometer, eine regelmäßig im Auftrag der EU-Kommission durchgeführte Umfrage in allen Mitgliedsländern, ergab für Österreich im Dezember 2016: 47% der Befragten in ländlichen Regionen sahen „zuversichtlich in die Zukunft“, in den großen Städten waren es 68%. Bei der Frage, welches Problem ihnen am meisten Sorgen bereitet, reihte die Landbevölkerung „Zuwanderung“ an erste Stelle, die Stadtbevölkerung dagegen „Arbeitslosigkeit“.

Eine ähnliche Polarisierung der Gesellschaft hat auch die amerikanische Präsidentschaftswahl zutage gefördert. Hier zeigt schon ein einziger Blick auf eine Landkarte mit den Ergebnissen der einzelnen Bundesstaaten, warum Hillary Clinton zwar rund drei Millionen Stimmen mehr erhielt als Donald Trump, aber trotzdem im Endergebnis unterlag: Die Westküste und der urbane Nordosten sind tiefblau eingefärbt, haben also mehrheitlich demokratisch gewählt. Dazwischen erstreckt sich eine weite rote – republikanische – Fläche. Clinton gewann mehr Menschen für sich, aber vorwiegend solche in dicht besiedelten Gebieten, während Trump die Mehrheit der wenig bevölkerten Bundesstaaten eroberte. Die Städte stimmten für Clinton, die ländlichen Gebiete für Trump.

Ganz offensichtlich geht ein Spalt durch die Gesellschaften der Industriestaaten und trennt sie in Gruppen mit stark unterschiedlichen Wertesystemen.

Es verstellt allerdings den Blick auf die wahren Hintergründe, wenn die Spaltung vordergründig als Konflikt zwischen Stadt und Land verstanden wird. Unter der Oberfläche der statistisch errechneten Kohorten stecken differenzierte Sozialgefüge und vielschichtige Individuen – selbstverständlich gibt es auch auf dem Land Menschen, die für Offenheit und Internationalität kämpfen, während auch viele Stadtbewohner Angst vor Veränderung in sich tragen und darauf mit Abschottung reagieren.

Der britische Autor David Goodhart hat in seinem Buch „The Road To Somewhere“ die beiden Gruppen treffend als „Somewheres“ und „Anywheres“ beschrieben, also als „Irgendwo-Menschen“ und „Überall-Menschen“. Die Somewheres sind bodenständig, in einer Region verwurzelt, in der Regel weniger gebildet, ihre Identität leitet sich von einer

### 3. Der Wettstreit der Wertesysteme

regional definierten Gruppe ab – sizilianischer Bauer, Hamburger Dock-Arbeiter, bretonische Hausfrau. Sie empfinden Wandel als negativ und Zuwanderung als störend. Die Anywheres sind urban, beziehen ihre Identität aus Bildung, beruflichem Erfolg oder der Zugehörigkeit zu einer Elite und können sie daher „mitnehmen“, wenn sie sich irgendwo anders auf der Welt niederlassen. Folgerichtig begreifen sie Zuwanderer als Bereicherung und Wandel als Quelle für neue Chancen.

Beide Gruppen sind bis tief ins Innerste überzeugt, dass ihre eigene Sicht auf die Welt die einzig mögliche ist, dass sich die anderen aus Ignoranz oder Böswilligkeit in eine Sackgasse verrannt haben und dass sie daher unbedingt ihr Modell verwirklichen müssen, soll nicht die Gesellschaft insgesamt Schaden nehmen.

Anywheres – die urbanen Eliten, um trotz aller Vorbehalte bei diesem Begriff zu bleiben – halten die Angst der Somewheres vor Veränderungen für ein Zeichen von mangelndem Verständnis, wenn nicht gar von Dummheit: Sie begreifen es halt nicht, wieviel Gutes sie bereits jetzt der Globalisierung verdanken, welch ungeheuren Wert Toleranz, Offenheit und Vielfalt auch für sie haben. Sie durchschauen einfach nicht, wieviel Vorteile ihnen die Digitalisierung bringen wird. Sie sind wie die alte Bäuerin, die sich nicht traut, den Lichtschalter aufzudrehen und sich lieber im Dunkeln bekreuzigt.

Im Gegenzug hat sich bei den Somewheres längst die Überzeugung verfestigt, dass die Anywheres in ihren Glastürmen einfach keine Ahnung haben, wie das Leben da draußen wirklich abläuft: Sie schauen auf ihre Statistiken und Börsenkurse, bevor sie abends die Kinder aus der eingezäunten Privatschule abholen, aber haben noch nie in ihrem Leben einen Migranten getroffen. Wieso sie glauben, dass jemand davon profitieren sollte, wenn das Land von Millionen afrikanischer (oder mexikanischer, oder in Australien südasiatischer) Flüchtlinge überrollt wird, oder wenn mehr als die Hälfte aller Jobs von Robotern übernommen werden – das können sie nicht einmal selber erklären.

Die einen wie auch die anderen sind in ernster Sorge, dass es in die Katastrophe führen wird, wenn man dem jeweiligen Gegner die Kontrolle überlässt. Dass die Somewheres das Land vom Fortschritt abkoppeln und zu einer illiberalen, anti-intellektuellen, isolationistischen Autokratie machen. Dass sich die Anywheres in ihrer Multikulti-Verblendetheit der Islamisierung unterwerfen, oder in ihrem Wahn vom Freihandel die ganze gewachsene Wirtschaftsstruktur zerstören und sich den großen Cyber-Monopolen von Google bis Microsoft ausliefern.

Diese hier nur wenig überzeichnete Haltung erklärt, warum ein Wahlsieg der einen Gruppe bei der anderen so große Verzweiflung auslöst. Der Kampf der beiden Lager um die geistige und politische Vorherrschaft nimmt mancherorts bereits erbitterte Züge an. So taucht in Analysen der politischen Situation in den USA immer öfter der Begriff „Contempt“ auf,

Verachtung. Die Wähler der Republikaner und der Demokraten sehen sich nicht nur als Gegner, vielmehr verachten sie einander wechselseitig für das, was die jeweils anderen denken, fühlen und für erstrebenswert halten. Ähnliche tief emotionale, über reine Interessengegensätze weit hinausgehende Abneigung findet sich selbst unter den Politikern in den Kongressparteien.

Näher untersucht hat das Phänomen die Politologin Kathy Cramer in ihrem Buch „The Politics of Resentment“ (Politik der Verbitterung) am Beispiel des US-Bundesstaats Wisconsin. Dort hatten von 1988 bis 2012 bei allen Präsidentschaftswahlen stets die Demokraten den Sieg errungen, 2012 gewann Barack Obama sogar mit einem Vorsprung von fast sieben Prozentpunkten. Bei der Suche nach den Motiven, warum die Menschen 2016 überraschend Donald Trump den Vorzug gegeben hatten, stieß sie dabei auf „ein tiefes Gefühl der Bitterkeit gegen die Eliten, von denen sie sich politisch gegängelt, persönlich verachtet und ökonomisch ausgetrickst“ fühlten. Auch in Wisconsin finden sich die Wähler von Hillary Clinton vorwiegend in den Städten, die Trump-Wähler dagegen eher in den Dörfern und auf den weitläufigen Milchfarmen.

Für die Menschen, die sich von den Eliten benachteiligt fühlen, spielte es keine Rolle, dass die politische Programmatik Clintons ihren objektiven Interessen besser entsprochen hätte. Sie hatten einfach das Gefühl, sich in Trump besser wiederzufinden. „Die Leute überlegen“, schreibt Cramer, „ist das jemand wie ich? Ist das jemand, der versteht, wer ich bin?“ Was ihnen an Donald Trump gefallen hat: Dass er genau wie sie diese arroganten Klugschwätzer aus den Städten verachtet, von denen sie sich selbst verachtet fühlen.

Verachtung für die andere Seite macht Dialog und Kompromiss unmöglich, übrig bleibt dann nur mehr der Wunsch, den Gegner zu besiegen – an der Wahlurne, in der öffentlichen Meinung, allenfalls auch mit nackter Gewalt. „Wenn Parallel-Gesellschaften entstehen, werden die gesellschaftlichen Werte nicht mehr respektiert“, mahnt ein Arena-Analyse-Teilnehmer.

Ein anderer hält fest: „In Österreich ist spätestens seit den Präsidentschaftswahlen der Befund zulässig, dass die Gesellschaft politisch geteilt ist. Mit dem Antreten der neuen Regierung ist anzunehmen, dass in Österreich stärkere Konflikte spürbar werden.“ Gemeint waren damit Streit und Debatten um den Umgang mit Asylwerbern, um die soziale Absicherung, wohl auch um das geistige Klima. Womit der Experte (der diesen Beitrag Anfang Dezember 2017 erstellt hat) noch nicht gerechnet hat, waren Auseinandersetzungen wie jene um eine Veranstaltung der Jungen VP im Schikanederkino in Wien, die mehr mit einem Stammeskrieg zu tun hatte als mit aktueller Politik: Als die JVP das Kino im Jänner 2018 für eine Veranstaltung mietete, entstand unter den Stammgästen des Kinos ein Aufschrei auf Facebook und Twitter, sogar eine Demonstration wurde

### 3. Der Wettstreit der Wertesysteme

organisiert – aber nicht gegen irgendwelche Inhalte der (lediglich zeremoniellen) Veranstaltung, sondern weil man diese Menschen, die dem anderen Lager angehören, nicht ins eigene Territorium eindringen lassen wollte. Viele Stammgäste fühlten sich „vor den Kopf gestoßen“, schrieb der „Standard“, „denn der linke Ruf des Kinos zieht üblicherweise alternatives Publikum an.“ Wenig überraschend eskalierten die Emotionen auch sofort auf das Höchstlevel. Der Geschäftsführer des Schikaneder wurde beschimpft, weil er die Veranstaltung überhaupt zugelassen hatte, anonyme Anrufer wünschten ihm den Tod.

Diese schnelle Eskalation kann deswegen nicht überraschen, weil sie ein bereits vertrautes Merkmal der Auseinandersetzungen im Internet ist. Dort wird der Ton merklich grimmiger und unversöhnlicher, vor allem auf Twitter, wo die Kürze die möglichen Meldungen ohnehin stets schroff und einsilbig wirken lässt, sodass sie eher an ein Blöken als an Zwitschern erinnern. Donald Trump hat diesen Kanal zu seiner persönlichen Verlautbarungs-Plattform gemacht und drückt sich dort für gewöhnlich ziemlich unverblümt aus. Im Gegenzug verwenden auch seine Gegner in ihren Tweets haufenweise Ausdrücke wie „Psychopathen“, „Idioten“ oder „Schwachköpfe“, wenn sie die Mitarbeiter im Weißen Haus meinen, für die unmittelbaren Berater des Präsidenten mussten auch schon Ausdrücke wie „fucking nimrods“ (was unübersetzt bleiben möge...) herhalten.

Auch hier hat die Heftigkeit des Ausbruchs einen tieferen Grund, abgesehen von der alles nach unten ziehenden Eigendynamik von Twitter und dem schlechten Beispiel, das Trump schon vorher gesetzt hat: Es ist die Verbitterung darüber, nichts gegen eine Gruppe ausrichten zu können, von der man erwartet, dass sie das Land ins Unglück führen wird und bei der man zugleich den Eindruck hat, dass sie den Grund für das Entsetzen der anderen gar nicht verstehen will.

#### **Problemviertel in urbanen Gebieten**

Der Wettstreit zwischen den Wertesystemen der Anywheres und der Somewheres wird, wie angeführt, meist als Stadt-Land-Konflikt beschrieben. Mit gleichem Recht könnte man ihn aber auch als Kampf der Peripherie gegen das Zentrum oder der Armenviertel gegen die Bezirke der Wohlhabenden darstellen.

Aus den USA und aus Südamerika sind Stadtstrukturen mit strikter Trennung von sozialen und ethnischen Gruppen seit langem bekannt. In Europas Millionenstädten führt der starke Anstieg der Immobilienpreise zu einem Paradoxon, das in Paris am stärksten ausgeprägt ist, sich aber mehr und mehr auch in Wien bemerkbar macht: Dort wo die Büros und damit die Arbeitsplätze angesiedelt sind, kosten Wohnungen so viel, dass die Menschen, die in diesen Büros arbeiten, sie sich nicht leisten können. Sie wohnen daher weit draußen in den Banlieues, wo es nur schlechte Infrastruktur, schlechte Schulen und kaum Freizeitangebote gibt, und zwar gibt

es sie genau deshalb nicht, weil die Kaufkraft dort gering ist und die Menschen abends nach einer mindestens einstündigen Fahrt von der Arbeit nach Hause erschöpft daheimbleiben.

Da die Wohnungen in den einfachen Plattenbauten noch halbwegs leistbar sind, siedeln sich vorwiegend Menschen aus ökonomisch benachteiligten Gruppen an. Sie entwickeln, anders als die angestammten Bewohner ländlicher Gegenden, kein Heimatgefühl, sondern leben eher im Bewusstsein der Entwurzelung und allenfalls in der Hoffnung, den Aufstieg zu schaffen und von hier wegziehen zu können. Da diese Hoffnungen aber derzeit selten erfüllt werden können, sammelt sich Frustration an, warnt ein Arena-Analyse-Experte: *„Die Gefahr besteht, dass sich aus diesen Gruppierungen Unzufriedenheit und Protest entwickelt, die sich gegen die Lebensformen anderer Gesellschaftsschichten richten.“*

Die Gefahr für Wien sieht dieser Experte gerade in der Tatsache, dass die Politik der kostengünstigen Sozialbauwohnungen und der gezielten Durchmischung *„der sozialen Segregation erfolgreich entgegengewirkt hat“*. Denn aus diesem Grund ist *„in Wien dafür noch kein oder nur wenig öffentliches Problembewusstsein vorhanden“*. Wien wächst sehr schnell, das Bevölkerungswachstum entsteht überwiegend aus Zuwanderung, und zwar sowohl aus anderen österreichischen Regionen und aus EU-Staaten als auch aus dem Nicht-EU-Osteuropa und islamischen Ländern. Damit einher geht ein starker Immobilienboom, vor allem in den zentrumsnahen gut entwickelten Bezirken steigen Mieten und Preise für Eigentumswohnungen. So werden einkommensschwächere Gruppen fast automatisch in äußere Bezirke abgedrängt. Dazu kommt, dass Zuwanderer sich bevorzugt in Vierteln niederlassen, wo bereits andere Menschen aus ihrer ehemaligen Heimat leben, das gibt verständlicherweise Halt. Dieser fast automatischen Dynamik zur Ghettoisierung *„muss die Stadtpolitik aktiv entgegenwirken, denn wenn einmal Problemzonen entstanden sind, dann sind Lösungen nur mehr schwer und nur langfristig zu verwirklichen – wie sich unter anderem in Brüssel zeigt“*.

## 4. Arm gegen Reich

---

„Hey kleiner Mann, deine Armut kotzt mich an, hast du keinen Vater, keine Mutter, die was kann. Lebst du nicht im Münchner Süden wie die Schönen und die Reichen?“, heißt es in einem Lied von „Die Stehkrägen“. Dass es sich um Satire handelte, war zunächst nicht klar, zumal die Band in Interviews und Fernsehauftritten konsequent Snobismus versprüht hatte - die öffentliche Empörung nach dem Erscheinen war daher dementsprechend groß. Sagt also die Tatsache, dass eine satirische Nummer, in der Armut scheinbar verunglimpft wird, von vielen Menschen zunächst einmal ernst gemeint verstanden wird, bereits etwas über mögliche neue Risse im gesellschaftlichen Zusammenhalt aus? Für eine befragte Expertin verlaufen die Gräben aktuell in alle Richtungen: *„Die westlichen Gesellschaften sind durch zunehmende Polarisierungstendenzen gekennzeichnet, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und entlang verschiedener Trennlinien verlaufen: zwischen oberen und unteren Einkommens- und Vermögenschichten, zwischen angestammter und zugewanderter Bevölkerung, zwischen Männern und Frauen. Ein anderer Teilnehmer erinnert daran, dass jeder von Armut betroffen sein kann: „Das Problem von Armutsgefährdung und akuter Armut hat in den vergangenen Jahren auch bei uns die Mittelschicht erreicht. Die Gesellschaft ist volatiler geworden. Mobiler. Flexibler. Und damit auch vulnerabler. Armut hat heute viele Gesichter. Und es kann jede und jeden treffen.“*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse unterscheiden in dieser Frage zwischen tatsächlicher und gefühlter Ungleichheit – und halten beides für gleichermaßen gefährlich für die gesellschaftliche Kohäsion. *„Wenn Solidarität Zusammengehörigkeitsgefühl bedeutet, dann leben wir im Zeitfenster der Entsolidarisierung, der Spaltung in die Zwei- oder Mehrklassengesellschaft (Arm/Reich oder Ober-/Unterschicht, Elite/Subkultur)“*, heißt es in einem Beitrag. An anderer Stelle wird darauf verwiesen, dass bereits das Gefühl fehlender Gerechtigkeit eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt darstellt, weil diesem nur schwer mit Argumenten beizukommen ist: *„Die gefühlte Balance ist in Gefahr. Völlig unabhängig von der Frage, wie gleich oder wie gerecht unsere Gesellschaft ist, hat sich das Gefühl verbreitet, dass die Gerechtigkeit abnimmt. Dieses Gefühl bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil sie Ängste, Neid und Verteilungskonflikte schürt.“* Hinzu kommt, meint ein Experte, dass das Gefühl von Ungerechtigkeit schneller wächst als die tatsächliche Ungleichheit, denn *„es ist festzustellen, dass es einen beträchtlichen Unterschied zwischen der objektiven Ungleichheit und der gefühlten Ungleichheit gibt, wobei diese gefühlte Ungleichheit rascher wächst als die objektive.“* Ein anderer Teilnehmer nimmt eine zunehmende Geringschätzung dessen, was in früheren Jahren gemeinsam errungen und geschaffen wurde, wahr: *„Es scheint, als hätten Globalisierung und Digitalisierung das Prinzip der*

*Disruption in die Wirtschaft getragen. Donald Trump aber war es, der es zum Stilmittel in der Politik erhob. Wie kein anderer vor ihm. Und dieses disruptive Moment – diese Mutwilligkeit und dieses Auf-Distanzgehen zur eigenen Geschichte, zu dem was in den vergangenen Jahrzehnten gemeinsam gelungen ist – dieses Moment hat ein Stück weit auch bei uns Einzug in die Politik gehalten.“*

### **Ungerechtigkeit gefährdet Zusammenhalt**

Die Bertelsmann Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ hat ergeben, dass es um die gesellschaftliche Kohäsion in unserem Nachbarland nicht so schlecht aussieht, diese aber in Gefahr gesehen wird. Starker Zusammenhalt wurde laut der Studie dabei durch folgende Kriterien definiert: belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung.

Auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten erreichten beim Gesamtindex des Zusammenhalts alle Bundesländer zwischen 57 und 63 Punkte. Auch bewerteten 68 Prozent der insgesamt 5041 Befragten den Zusammenhalt in ihrem persönlichen Umfeld als sehr gut, lediglich 7 Prozent nannten ihn schlecht. Dennoch gaben 75 Prozent an, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ihrer Ansicht nach zumindest teilweise gefährdet ist. Eine eindeutige Gefährdung sahen 27 Prozent in Hamburg, 31 Prozent in Bremen – das sind die niedrigsten Werte – aber ganze 55 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Es zeigt sich also, dass die Menschen in den strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland die Zukunft der sozialen Kohäsion deutlich pessimistischer einschätzen. Den mit Abstand höchsten Indexwert erreichte deutschlandweit mit 79 Punkten die gesellschaftliche Vielfalt als Faktor für Zusammenhalt.

Dramatisch schlechtere Werte erhielt in der Umfrage der Punkt Gerechtigkeitsempfinden als Faktor für den Zusammenhalt. Nur ein sehr kleiner Teil der Befragten war der Meinung, dass die wirtschaftlichen Güter gerecht verteilt sind – das Spektrum reicht hier von nur 1 Punkt in Brandenburg bis 15 Punkte in Bremen.

„Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist dort geringer, wo viele Arbeitslose und arme oder von Armut gefährdete Menschen leben – das wird in den Regionen noch deutlicher als auf der Ebene der Bundesländer. Vor allem eine hohe Jugendarbeitslosigkeit steht in negativer Beziehung zum Zusammenhalt. Ähnlich verhält es sich mit einem hohen Anteil von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss und einer überalterten Bevölkerung. Hingegen ist der Zusammenhalt dort höher, wo das durchschnittliche Wohlstandsniveau hoch ist und wo mehr Menschen gegenüber der Globalisierung positiv eingestellt sind. Keine Rolle spielt es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wie viele Ausländer und Migranten in einer Region oder einem Bundesland leben“, so die Studien-Autoren.

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nachweislich abhängig von strukturellen Faktoren, aber er ist auch eine Frage der Haltung: Bürger, die Offenheit beweisen und ein Gespür dafür haben, dass Menschen unabhängig von sozialem Status, Herkunft und Kultur etwas Grundsätzliches verbindet, tun dem sozialen Miteinander gut“, lautet daher ihre Schlussfolgerung.

Vielleicht sollten wir dabei auch stets im Auge behalten, dass wir sowohl als soziale wie auch als ökonomische Wesen agieren und dass diese beiden Sphären, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrifft, nicht immer kongruent sind. Der Verhaltensökonom Dan Ariely von der Duke University in North Carolina hat untersucht, wie sich soziale Werte verändern, wenn sie ökonomisiert werden. Die Ergebnisse seiner Forschungen: Wird eine Person um einen Gefallen gebeten, führt sie diesen so gut es ihr möglich ist aus. Erhält allerdings jemand für dieselbe Tätigkeit ein für sein Dafürhalten viel zu niedriges Gehalt, wird die Arbeit so schlecht erledigt, wie es für die schlechte Entlohnung als angemessen erachtet wird. Bei guter Entlohnung wiederum entspricht die Leistungsbereitschaft etwa jener, wenn es um einen Gefallen geht.

„Wir leben in zwei Welten“, schreibt Ariely in seinem Buch „Predictably Irrational“, „die eine ist durch sozialen, die andere durch wirtschaftlichen Austausch gekennzeichnet. Und in diesen zweierlei Arten von Beziehungen verwenden wir unterschiedliche Normen.“ So wurden Arbeiten besser erledigt, wenn es danach einen Schokoriegel gab, als wenn die Ausführenden im Anschluss 50 Cent erhielten. Der Grund: Die Schokolade gehört in die Sphäre der sozialen Normen, Geld zum Bereich des wirtschaftlichen Austausches. Ein Gefallen für Geld sei kein Gefallen mehr, sondern eine Leistung. Wenn dieser Fehler einmal begangen wurde, sei es schwierig, eine soziale Beziehung wiederherzustellen, ist Ariely überzeugt. Diese Ansicht wird auch in einem Beitrag geteilt und als Grund für eine zunehmende Entsolidarisierung betrachtet: *„Für menschliche Hilfe gilt heute als wichtig, was sie dem Gebenden an Nutzen bringt und nicht mehr, wie sie dem Nehmenden hilft!“*

### **Die unbekanntenen Anderen**

Als Entwicklung, die gesellschaftliche Risse vertieft, ortet eine Teilnehmerin gesellschaftliche (Un)Gerechtigkeit. Dies führe dazu, dass die gesellschaftlichen Gruppen immer weniger über die Lebensrealitäten der jeweils anderen wüssten. Allen voran jene, denen es sehr gut geht: *„Die ökonomische Elite verliert zunehmend die Verbindung zu den unteren Einkommens- und Vermögensschichten und zu deren Problemlagen. Das untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, was auch ein demokratiepolitisches Problem ist und extreme politische und religiöse Tendenzen fördert“*, heißt es in dem Beitrag. *„Es ist eine bedrohliche Entwicklung, wenn gesellschaftliche Teilgruppen nichts mehr miteinander zu*



*tun haben. Es gibt Gruppen, die sich als Verlierer fühlen – und die erreicht man nicht mehr mit logischen Argumenten und Fakten, das erleben wir gerade europaweit“, analysiert eine andere Expertin die gesellschaftliche Entwicklung. Ihre Lösung, um eine weiteres Auseinanderdriften zu stoppen: „Wir müssen es uns zur Aufgabe machen und dürfen nicht davor zurückscheuen, mit diesen Menschen in Kontakt zu treten und mit ihnen zu kommunizieren. Sie zu fragen, warum sie so zornig sind. Wir müssen uns überlegen, wie wir diese Gruppen wieder erreichen können, weil wir uns derzeit zu wenig Mühe geben, zu erfahren, wie es diesen Menschen geht.“*

In diesem Punkt sind wir also alle gefragt. Wir müssen als Gesellschaft dafür sorgen, dass das Thema Ungleichheit sachlich diskutiert werden kann. *„Schließlich sollte die Frage stärker in den Mittelpunkt gerückt werden, wie man den Gap zwischen gefühlter und realer Ungleichheit und zwischen gefühltem und realem Rückgang des gesellschaftlichen Zusammenhalts kleiner machen kann“,* schreibt ein Teilnehmer in seinem Beitrag. *„Für die Gesellschaft ist insgesamt offensichtlich, dass großer Reichtum produziert wird, von dem nur wenige profitieren. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Bekanntermaßen ist auch in Österreich der Vermögensbesitz ungleich verteilt. 50% der Privathaushalte besitzen weniger als 5%. Im Gegensatz dazu sind 5% der Haushalte Euro-Millionäre und haben zusammen fast die Hälfte des gesamten Privatvermögens“,* konstatiert ein Teilnehmer.

Daten-Leaks wie die Paradise Papers, die Einblicke in die Offshore-Finanzwelt geben, zeigen, wie Wohlhabende, Popstars, Politiker und Großkonzerne ihre Offshore-Investments über Firmenkonstrukte auf Bermuda, den Cayman Islands oder den Bahamas, aber auch auf Malta oder in den Niederlanden, steuerschonend tätigen. Die Entsolidarisierung der Reichen, die ihr Vermögen häufig sogar legal, aber eben auf Kosten der steuerzahlenden Allgemeinheit verschieben, trifft auf ein bereits vorhandenes Empfinden von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und manifestiert diese Ungleichheit gleichzeitig. Die Offshore-Finanzindustrie, *„macht die Armen ärmer und vertieft die ungleiche Verteilung von Vermögen“,* sagte die Sozioökonomin Brooke Harrington von der Copenhagen Business School gegenüber dem internationalen Journalisten-Konsortium ICIJ, das die Daten in monatelanger Recherche ausgewertet hat. Übrig bleibt, dass es eine exklusive kleine Gruppe von Menschen gibt, die nicht gleichermaßen den Gesetzen unterlägen wie der Rest von uns. Diese Menschen würden *„die Leistungen der Gesellschaft genießen, ohne irgendeiner ihrer Restriktionen zu unterliegen“,* so Harrington.

Das sehen auch einige Teilnehmer\_innen ähnlich problematisch und fordern von den wohlhabenden Teilen der Gesellschaft Solidarität ein. *„Was ich schlimm finde, ist, dass sehr Reiche kaum Steuern zahlen. Das ist kein Österreich-Spezifikum, sondern ein weltweites Problem in allen Industriestaaten. Wir müssen Voraussetzungen schaffen, dass Steuern dort*

#### 4. Arm gegen Reich

*gezahlt werden, wo die Wertschöpfung passiert. Wer die allgemeine Infrastruktur eines Staates nutzt, wer vom Bildungssystem, von der öffentlichen Sicherheit, etc. profitiert, der soll auch dazu beitragen.“*

Dennoch wird von den befragten Expertinnen und Experten die Kluft zwischen Arm und Reich in Österreich als noch vergleichsweise gering bewertet. *„Trotz gelegentlicher öffentlicher Diskussionen ist das Arm-Reich-Problem in Österreich nicht sehr groß. Wir haben ein hohes Maß an gleichmäßig verteiltem Wohlstand.“* *„Echte Verarmung sehe ich nicht, das haben die Sozialsysteme von Bund, Ländern und Gemeinden ganz gut im Griff.“*

Tatsächlich zeigen Daten der Statistik Austria, dass zwischen 2008 und 2016 in Österreich die Zahl der armutsgefährdeten Menschen um 157.000 gesunken ist. Aktuell gelten 1,542.000 Menschen (18 Prozent) als armuts- und damit ausgrenzungsgefährdet. Wie die EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC - Community Statistics on Income and Living Conditions) zeigt, sind vor allem Langzeitarbeitslose einem sehr hohen Risiko sozialer Ausgrenzung ausgesetzt (79% dieser Gruppe sind betroffen). Erwerbstätige sind vergleichsweise besser sozial abgesichert (Armutsrisiko: 10 Prozent).

Es werden in den Beiträgen daher auch Maßnahmen gegen ein weiteres Auseinanderklaffen gefordert, denn auch hier werden die Reichen reicher und die Armen ärmer: *„In Österreich, wenn es darum geht, den Sozialstaat zukunftstauglich für alle Menschen auszugestalten (auch gerade dann, wenn der Staat damit beginnen sollte, ein vor Jahrzehnten gegebenes Solidaritätsversprechen sukzessive in Frage zu stellen) und das Auseinanderdriften von Arm und Reich in unserer Gesellschaft zu verhindern. Denn sieht man sich die Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus dem Dezember 2014 an, so zeigt sich, dass der Spalt zwischen Arm und Reich in den 34 Mitgliedstaaten – darunter auch Österreich – so hoch ist, wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die reichsten zehn Prozent verdienen in diesen Ländern heute 9,5-mal so viel wie die ärmsten zehn Prozent. In den 1980er-Jahren war das Verhältnis noch 7:1.“*

Insgesamt stellt sich also die Frage nach einer gesellschaftlichen Vereinbarung, bei der auch festgelegt wird, wo die Prioritäten gesetzt werden sollen. *„Bei der Bankenrettung im Zuge der Weltwirtschaftskrise 2008/2009, war der Staat bereit, die Lösung des Problems unter seine Fittiche zu nehmen und hat sehr schnell große Beträge vom öffentlichen Sektor bereitgestellt gestellt- in Österreich zw. 9-14 Mrd. Euro. Im Vergleich dazu sind in Österreich 1,5 Mio. Menschen armutsgefährdet. Die österreichische Forscherin Brigitte Unger von der Universität Utrecht stellte folgende Rechnung auf: Um allen ein Monatseinkommen von 1185 Euro zu gewähren, wären ca. 7 Mio. pro Jahr notwendig. Also mit 2% des BIP wäre die derzeitige Armut beseitigt. Arbeitslose sind selbstverständlich am*

*meisten armutsgefährdet.*“ Bei den Ursachen von Armut läge demnach an erster Stelle, keine Arbeit zu haben, an zweiter Stelle bereits Working Poor zu sein, an dritter Stelle mangelnde Bildung.

*„Das Verhältnis zwischen Arbeitseinkommen und arbeitslosem Einkommen ist in Schiefelage“,* befindet daher ein Teilnehmer. *„Das gilt sowohl für die Superreichen, die vom Vermögen leben – die zahlen weniger Steuern als Menschen, die sich ihr Einkommen selbst erarbeiten. Es gilt aber auch für Bezieher von Arbeitslosenunterstützung und Mindestsicherung. Leistung muss etwas wert sein. Es muss Anreize geben, dass Menschen immer wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden.“* Der deutsche Journalist und Autor Walter Wüllenweber formuliert diesen Gedanken in seinem Buch *„Die Asozialen – wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren“* bewusst plakativ: Die einen würden beim Finanzamt tricksen, die anderen beim Sozialamt – und beiden sei gemeinsam, dass sie Leistung immer weniger mit Erfolg in Verbindung brächten und sich von den Wert- und Moralvorstellungen der übrigen Gesellschaft verabschiedet hätten. Jener großen Gruppe also, die je nach Definition die „Mittelschicht“ bildet und die durch stetig unsicherere Arbeitsverhältnisse und (realistische) Furcht um den Job in den vergangenen Jahren zunehmend von Abstiegsängsten geplagt wird – und damit der gesamtgesellschaftlichen Stimmungslage ihre Färbung verleiht.

#### **Parallelgesellschaft der Abgehängten**

*„Wenn man das weiterdenkt, birgt diese Annahme tatsächlich gesellschaftspolitischen Sprengstoff in sich“,* schreibt ein Teilnehmer, denn *„immer mehr Menschen werden aus den bereits beschriebenen Gründen zu „Abgehängten“ bzw. sich „abgehängt Fühlenden“, sie sind verbittert. [...] Wir reden heute nur in Zusammenhang mit ZuwanderInnen über das Phänomen der Parallelgesellschaft. Es kann dann aber eine Parallelgesellschaft der „Abgehängten“ drohen. Diese Parallelgesellschaften existieren im besten Fall nebeneinander, im schlimmsten Fall befinden sie sich in kontinuierlich konfliktiven Situationen!“* In Summe fasst dies ein Teilnehmer als *„Kluft in der „Perspektive“ der unterschiedlichen Gruppen in der Bevölkerung; hier „Abstiegsängste“ des Mittelstandes, dort „Aussichten auf Aktiengewinne“ (dramatische Ähnlichkeit mit der Situation in den 1930er-Jahren)“* zusammen.

Dabei scheint der heimische Arbeitsmarkt zu Beginn des Jahres 2018 wieder Grund zu Optimismus zu geben: 2017 wurde insgesamt ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 2,9 Prozent verzeichnet. Noch besser sah es im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit aus – im Dezember 2017 hatten um 17,2 Prozent weniger Jugendliche einen Job gesucht als im Vergleichsmonat des vorhergehenden Jahres – inklusive Schulungsteilnehmer betrug der Rückgang bei den Jungen immer noch 8 Prozent.

Ob diese positive Trendwende allerdings bereits einen Umschwung in der gesellschaftlichen Verfasstheit einleiten kann, sei in Frage gestellt – dazu haben die Ängste vor dem Abstieg bereits zu weite Teile der Gesellschaft erfasst. Auch die Teilnehmer\_innen der Arena Analyse sehen einen langfristigen gesellschaftlichen Wandel auf mehreren Ebenen: *„Beginnend mit der Finanzkrise stand in vielen europäischen Staaten die Wirtschaftsentwicklung still oder war zeitweise sogar rückläufig. Dies äußerte sich in höheren Arbeitslosenzahlen, unsicheren Arbeitsplätzen und in geringerem Gehalt. Viele Menschen haben Angst, auf der Strecke zu bleiben und haben nicht den Eindruck, dass die regierenden Parteien der Mitte etwas unternehmen, um sie zu unterstützen und ihre Ängste zu zerstreuen. Zusätzlich kam es durch einen Anstieg von Flüchtlingen und Migranten zu sozialen und kulturellen Ängsten. Der Populismus und vor allem der Rechtspopulismus leben von charismatischen Führungspersönlichkeiten, die den Menschen versprechen, die eigenen Staatsbürger stets an erster Stelle zu sehen und prioritär zur behandeln. Diese Aussagen lösen natürlich keine Probleme und sind auch nur bedingt umsetzbar. Nichtsdestotrotz gelingt es den Populisten, einen Keil zwischen verschiedene Bevölkerungsgruppen zu treiben.“*

Aber um welches Milieu, um welche soziale Gruppe handelt es sich überhaupt, zu denen man keinesfalls gehören möchte? Ein Teilnehmer verweist in seinem Beitrag auf das Buch „White Working Class“ von Joan Williams. Die Jus-Professorin aus Harvard hat sich darin mit der Frage beschäftigt, warum Donald Trump für die Eliten völlig überraschend die Präsidentschafts-Wahl in den USA gewinnen konnte. *„Ihre Thesen treffen sicher nicht in vollem Umfang auf Europa und Österreich zu, aber die Grundüberlegungen sind spannend - gerade auch in Hinblick auf das Wahlverhalten dieser Gruppe“,* heißt es in dem Beitrag, *„so spricht Williams von Klassen-Ahnungslosigkeit: Wenn Eliten über die Arbeiterklasse sprechen, meinen sie in der Regel die Armen Die Arbeiterklasse selbst versteht sich aber als DIE Mittelklasse“.* Der Traum der Arbeiterklasse, schreibt Williams, bestehe nicht darin, mit seinen unterschiedlichen Essens-, Familien- und Freundschaftsmustern zu einer gehobenen Mittelklasse zu werden. Der Traum sei vielmehr, in einem eigenen Klassen-Raum zu leben, in dem man sich wohlfühlt - nur eben mit mehr Geld.

Eine Entwicklung, die in den kommenden Jahren stärker wird, ist, dass es durch die Digitalisierung nach einer Übergangsphase vermutlich sogar mehr neue Jobs geben wird als derzeit. Nur: Es wird immer weniger Hilfsjobs für gering qualifizierte Menschen geben. Ja, sogar Berufe, für die Qualifikationen erforderlich sind, werden ersatzlos wegfallen. *„Wir werden daher aus meiner Sicht auch nicht drum herumkommen, uns damit zu befassen, was gute Arbeit für diese Zielgruppe heißt. Wir werden uns in diesem Kontext auch mit dem Thema „Klasse“- besser – „Milieus“ wieder intensiver auseinandersetzen müssen, ein Thema, das nach heißem Eisen*

*klings und medial noch kaum thematisiert wird. Die Diskussion um Fragestellungen wie: gibt es die Arbeiterklasse überhaupt noch bzw. wie und wo sieht sie sich heute, und was bedeutet das für politisches Handeln, sind de facto ausgeblendet“*, gibt ein Teilnehmer in seinem Beitrag zu bedenken. Denn *„jene, die keine akzeptablen Qualifikationen haben, keine aktuell nachgefragten Qualifikationen mitbringen, tun sich am Arbeitsmarkt immer schwerer.“* Natürlich werden die Umbrüche nicht von heute auf morgen schlagend werden, es wird sich vielmehr um einen schleichenden Prozess handeln, der sich über einige Jahre erstreckt. *„Davon betroffen sein werden primär niedrig qualifizierte Personen. Lagerarbeiter, Gabelstaplerfahrer z. B. wird es nicht mehr geben. Im Handel werden die Kassiererinnen im Supermarkt betroffen sein - künftig wird jedes Produkt mit einem Chip versehen sein, in dem Herkunft, Produzent und der Preis gespeichert ist. Wir werden nur noch durch eine unsichtbare Schleuse gehen und das Geld wird von unserem Konto abgebucht“*, entwirft ein Experte ein Zukunftsszenario.

### **Politische Strategie für Digitalisierung**

Ein Blick auf den 4. Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens zeigt das deutlich: Während die Nachfrage insbesondere nach technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Berufen (+ 2,8%) oder nach Gesundheitsfachkräften (+2,4%) steigt, sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen (-0,6 %). Diese Gruppe hat auch ein erheblich höheres Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren. So beträgt die Arbeitslosenquote bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss 37,9 Prozent, mit Lehrabschluss 14 Prozent und mit abgeschlossener Berufsbildenden Mittleren Schule 6,6 Prozent. Wir werden uns daher als Gesellschaft fragen müssen, *„wie Arbeit und Arbeitszeit in Zukunft verteilt sind. Es muss klar sein, dass nicht nur die Unternehmen, sondern vor allem auch die ArbeitnehmerInnen von der Flexibilisierung von Arbeitszeiten profitieren“*, wird in einem Beitrag festgehalten. Ein weiterer Teilnehmer macht darauf aufmerksam, dass sich der klassische Arbeitskampf seiner Ansicht nach verlagern wird: *„Glaubt man sozialwissenschaftlichen ExpertInnen, findet nicht zuletzt auch einer Verlagerung der Interessenkonflikte statt. Der klassische „Konflikt“ zwischen Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen verlagert sich in Richtung einer Konkurrenz unter den ArbeitnehmerInnen.“*

Die teilnehmenden Expertinnen und Experten fordern von der Politik deshalb eine Strategie, damit wir mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt als Gesellschaft gut umgehen können. *„Die Politik hat noch nicht erfasst, dass wir auch gemeinsame soziale Strategien brauchen“*, sagt eine Teilnehmerin. *„Alle wollen von der Digitalisierung profitieren und was möglich ist, wird auch gemacht. Hier fehlt noch das Problembewusstsein. Es wird auch weiterhin Menschen geben, denen es*

*intellektuell nicht möglich sein wird, sich für Berufe in einer digitalisierten Arbeitswelt zu qualifizieren.“ In einem anderen Beitrag wird wiederum betont, dass „die Bedeutung der Digitalisierung bereits in der Politik und in den Medien angekommen ist“. Österreich sei hierbei gut aufgestellt, etwa im Gegensatz zu Deutschland. Aber: „Die Konsequenzen, etwa im sozialen Bereich, werden allerdings noch zu wenig beachtet.“*

In einem anderen Beitrag wird ebenfalls auf die Gefahr einer Spaltung hingewiesen, wenn die möglichen sozialpolitischen Auswirkungen nicht stärker in den Fokus gerückt werden. *„Der digitale Wandel wird die Gefahr der Polarisierung des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft („war for talents“) weiter verschärfen, d.h. Beschäftigungsrekorde und Fachkräftemangel in bestimmten Berufen und Branchen, während es hohe Arbeitslosigkeit insbesondere im Niedriglohnsegment geben wird. Umso wichtiger wird es sein, sich insbesondere bei Aus- und Weiterbildung darauf zu konzentrieren und umfassend für den Erwerb der entsprechenden Kompetenzen zu unterstützen.“*

#### **Das Dilemma mit dem Grundeinkommen**

Dennoch wird es auch Menschen geben, denen es nicht möglich sein wird, die erforderlichen Qualifikationen zu erwerben und dadurch auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft Fuß zu fassen. *„Wie inkludiert der Liberalismus dieses Heer an Überflüssigen, wenn es keine „menial jobs“ durch die Digitalisierung mehr gibt?“*, formuliert es ein Teilnehmer pointiert. In einigen Beiträgen wird daher eine ernsthafte Debatte über ein Grundeinkommen gefordert. *„Diese ist notwendig, weil ohne ein Grundeinkommen werden wir viele der zu erwartenden ‚Kollateralschäden‘ der Digitalisierung, der Verarmung peripherer agrarisch dominierter ländlicher Räume, der Folgen des Klimawandels, der Löcher im Sozialsystem – also der objektiven Verlierer in unserer Gesellschaft nicht bewältigen können.“* In einem anderen Beitrag wird eine *„hohe gesellschaftliche Reife“* als Voraussetzung für das Funktionieren des Modelles Grundeinkommen genannt. *„Mittlerweile denke ich, dass ein Grundeinkommen mittelfristig ein Modell sein kann, unter bestimmten Voraussetzungen. Z. B. sehe ich die Gelegenheit, sich von den Marktkräften frei zu spielen, aber es braucht auch eine öffentliche Infrastruktur. Das erfordert eine hohe gesellschaftliche Reife, bei dem Beiträge für das Gemeinwohl fixer Bestandteil sein müssen und die Jungen lernen müssen, sich zu fragen „was kann mein Beitrag für die Gesellschaft sein?“*

Auf der anderen Seite gibt es kritische Stimmen, die ein Grundeinkommen sogar als kontraproduktiv für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bezeichnen: *„Die in vielen Ländern und von prominenten Protagonisten geführte Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen (ein im Grunde genommen jahrzehntealtes Konzept) wird genährt von der tatsächlichen oder wahrgenommenen Zunahme von*

*Ungleichheit; je nach Ausgestaltung birgt aber ein bedingungsloses Grundeinkommen die Gefahr, den sozialen Zusammenhalt eher weiter zu gefährden, statt sozial inklusiv zu wirken.“ Eine andere Teilnehmerin gibt zu bedenken, dass eine staatliche Absicherung alleine nicht reichen würde: „Auch wenn wir ein Grundeinkommen einführen, ist das noch nicht alles. Es wird nämlich vielfach unterschätzt, wie wichtig das Gefühl ist, gebraucht zu werden. Was ich kann, wird nicht gebraucht, ist eine schlimme Erfahrung – das kann man bereits in „Die Arbeitslosen von Marienthal“ nachlesen.“*

#### **Teilhabe als Schlüsselfaktor**

Die positiven Aspekte der Digitalisierung werden in zahlreichen Beiträgen ebenfalls thematisiert – etwa die Verbesserung der Arbeitsplatzqualität. *„Der digitale Wandel bietet aber auch Chancen: Es entstehen neue Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze. Es wird vermutlich auch einen erhöhten Bedarf an hoch qualifizierten Tätigkeiten und Tätigkeiten geben, die schwer automatisierbar sind. Körperlich belastende Tätigkeiten können zugunsten von Arbeitsplätzen mit höherer Arbeitsqualität reduziert werden.“* Wenn wir die Chancen der Digitalisierung klug nutzen, können wir als Gesellschaft davon profitieren, wird in einem Beitrag betont. *„Ein Positiv-Szenario lautet: wir schaffen es, dank der Digitalisierung unser Wohlfahrtssystem zu erhalten und global deutlich nach vorne zu rutschen. Österreich hätte gute Chancen in die Weltspitze vorzustoßen, wie es jetzt bereits bei den Automobilzulieferern oder den Batterietechnologie-Unternehmen der Fall ist.“* Zu den Möglichkeiten, die sich eröffnen zählt auch, dass wir *„jedenfalls heute die Chancen nutzen müssen, um gute Arbeit im umfassenden Sinn zu schaffen und damit auch für ALLE eine gleichberechtigte Teilhabe am Wohlstand zu ermöglichen. Das inkludiert in hohem Maße auch Chancengleichheit bei Zugang zu Bildung und Arbeit. Das ist einer der Schlüssel, um das Auseinanderdriften der Gesellschaft, die Entstehung neuer Parallelgesellschaften zu stoppen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken“*, fasst es ein Teilnehmer zusammen.

## 5. Ausgegrenzt durch die Demokratie

---

Die Demokratie ist nach eigenem Anspruch eine Staatsform, in der jeder Bürger und jede Bürgerin an politischen Entscheidungen mitwirken kann. Mitunter beschränkt sich diese Mitwirkung darauf, alle vier oder fünf Jahre die Zusammensetzung eines Parlaments, eines Stadtsenats oder eines Landtags zu wählen und damit zu entscheiden, welche Personen und welche politischen Ideen in der jeweiligen Gebietskörperschaft dominieren sollen. Darüber hinaus haben sich vielfältige weitere Möglichkeiten entwickelt, um Einfluss auf die Politik zu nehmen, von Petitionen über Stellungnahmen zu Gesetzen bis zu Volksabstimmungen. Der Ausbau dieser direkten Partizipation ist eines der großen Anliegen für alle, die an einer Weiterentwicklung interessiert sind und wurde auch von der neuen österreichischen Bundesregierung ins Programm der Legislaturperiode bis 2022 aufgenommen.

Angesichts der optimistischen Hoffnungen in die vielen neuen Ideen für mehr Demokratie kommt es wie eine kalte Dusche, dass unser Modell der politischen Willensbildung zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt, und dass ein Mehr an Partizipationsmöglichkeiten dieses Problem noch verschlimmern könnte. *„Die Verfasstheit unseres demokratischen Systems schließt einzelne Gruppen systematisch aus“*, sagt eine Teilnehmerin der Arena Analyse. Ein anderer Experte bezeichnet es als *„untragbar, dass ein so großer Teil der Bevölkerung de facto politisch nicht repräsentiert ist“*.

Es sind zwei Mechanismen, die in den Augen dieser Experten dazu führen, dass ganze Gruppen nicht an der Demokratie teilnehmen: zum einen *„das restriktive Staatsbürgerschaftsrecht“*, zum anderen *„der Selbstausschluss durch Verweigerung“*.

Die Staatsbürgerschaft ist nach österreichischem Recht (anders als in anderen Ländern) die Voraussetzung für das aktive und passive Wahlrecht – Ausnahmen wie die Zulassung zu manchen Bezirkswahlen ändern nichts an diesem Prinzip. Es bewirkt, dass Menschen mit österreichischem Pass wählen dürfen, auch wenn sie seit Jahrzehnten permanent im Ausland leben und die heimische Innenpolitik auf ihr Leben gar keine direkte Auswirkung hat. Wer hingegen die Staatsbürgerschaft nicht besitzt, darf nicht wählen, selbst wenn er oder sie schon jahrelang in Österreich wohnt und hier den Mittelpunkt der Lebensumstände hat.

Das Staatsbürgerschaftsrecht ist sehr restriktiv gefasst. Österreicher oder Österreicherin zu werden, dauert lange und kann mühsam sein – ein Umstand, auf den die Politik immer wieder sogar mit Stolz verweist. Er führt allerdings auch dazu, dass 15% der dauerhaft in Österreich lebenden Menschen nicht wählen dürfen. In Wien sind es sogar 25%. Wohlgermerkt: Das sind keine Saisonarbeiter und keine erst kürzlich angekommenen Migrant\*innen, wie ein Beitrag zur Arena Analyse betont: *„Diese Menschen leben und arbeiten hier, sie zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge,*



*und trotzdem wird ihnen das Recht auf demokratische Mitwirkung vorenthalten“.* Zwar kann es als normal gelten, dass jemand, der in ein anderes Land zieht, um dort zu arbeiten, nicht sofort alle Rechte der angestammten Bevölkerung erwirbt. Doch dass die Zahl der Betroffenen so groß ist, und dass die Zeit so lang dauert, in der sie von der Partizipation ausgeschlossen bleiben, erzeugt ein Problem.

Noch schwieriger stellt sich das Problem der dauerhaften Nichtwähler dar. Die Wahlbeteiligung liegt in Österreich bei Nationalratswahlen in der Regel zwischen 75% und 80%, und naturgemäß setzt sich die Gruppe der Nichtwähler nicht jedes Mal aus denselben Personen zusammen, auch die Motive für die Enthaltung sind immer wieder andere. Untersuchungen zeigen jedoch, dass es einen harten Kern von etwa 10% der Wahlberechtigten gibt, die sich jeder Teilnahme an der politischen Partizipation völlig verweigern.

Natürlich ist das ihr gutes Recht, zu den Wahlmöglichkeiten, die eine liberale Demokratie anbietet gehört auch jene, einfach „nein danke, lasst mich in Ruhe“ zu sagen. Dennoch betonen einige Expertinnen und Experten der Arena Analyse, dass die Sorge um diese 10% nicht einfach nur von pädagogischem Übereifer gespeist wird. Es handelt sich nämlich überwiegend um Personen, die ohnehin zu den Stiefkindern der Politik gehören: *„In der Gruppe der permanenten Wahlverweigerer ist der Anteil an Menschen aus sozial schwachen Schichten besonders hoch. Es sind überwiegend Menschen mit geringer Bildung, schlecht bezahlten und ständig bedrohten Jobs. Gerade diese Schwachen in der Gesellschaft werden an der Partizipation behindert.“*

In Summe verstärken beide das seit längerem beobachtete Phänomene der Entfremdung zwischen einer Gruppe, die oft irreführend als „Elite“ bezeichnet wird, und einer anderen, die im Bewusstsein lebt, dass ihr Zugänge vorenthalten werden. Unzutreffend ist der Begriff Elite deshalb, weil in ihm eine meritokratische Bedeutung mitschwingt. Das muss aber hier nicht zutreffen, entscheidend ist lediglich, dass die Möglichkeiten, die politischen Rahmenbedingungen mitzugestalten, nicht in jenem Maß gleich verteilt sind, wie es eine faire Demokratie erfordern würde.

Das zweite der genannten Probleme, nämlich ist der Selbstausschluss durch Verweigerung, hinter dem aber eine nicht bewältigte Eintrittshürde steht – dieses Problem könnte sich durch die Einführung von direkt-demokratischen Instrumenten sowie neuen Formen der Partizipation noch verstärken. Zwar bringt ein Mehr an Partizipation sehr wohl zusätzliche Chancen für politische Teilnahme, solange darunter nicht einfach nur die kruden Mitbestimmungsformen wie Volksbegehren oder Volksabstimmung gemeint sind, sondern eine frühzeitige Einbindung vieler in die Erstellung politischer Konzepte und in politische Entscheidungsprozesse. Aber es muss klar sein, dass alle Instrumente der Bürgerbeteiligung ein hohes Ausmaß an

## 5. Ausgegrenzt durch die Demokratie

Wissen einerseits sowie zeitlichen und auch finanziellen Ressourcen andererseits erfordern.

Wer hat schon die Zeit und das Geschick, eine Bürgerinitiative zu gründen, eine Online-Petition aufzusetzen oder eine (womöglich noch mit einer Aktivistengruppe abgestimmte) Stellungnahme zu einem Gesetzesentwurf abzugeben? Wer an der Sitzung von Bürger/innenräten oder Expert/innenbeiräten teilnehmen will, muss sich ebenfalls dafür Abende oder Wochenenden freinehmen – von der Zeit, die er oder sie braucht, um sich ins Thema einzulesen, ganz zu schweigen.

Kein Wunder, dass Teilnehmende der Arena Analyse meinen: *„Für die Zivilgesellschaft insgesamt wäre das positiv, aber die tatsächlichen Träger solcher Beteiligungen wären überwiegend Menschen vom Typ, älterer Mittelschullehrer mit viel Freizeit‘ oder ‚pensionierter Bezirksrichter‘. Niemand sonst kann auf Dauer den Aufwand bewältigen.“*

Diese Einwände sollen nicht als Argumente gegen den Ausbau der Partizipation verstanden werden, betonen die Expertinnen und Experten, sondern lediglich als Hinweis, dass Wege gefunden werden müssen, um die systematische Ausgrenzung einzelner Gruppen zu verhindern.

## 6. Wie uns soziale Medien entzweien

---

Barack Obama fand in der BBC-Hörfunksendung „Today“ klare, um nicht zu sagen drastische Worte zum Umgang mit den sozialen Medien. Im ersten Interview nach seinem Ausscheiden aus dem Amt – geführt von Gast-Moderator Prinz Harry – warnte der frühere US-Präsident vor den polarisierenden Auswirkungen von Facebook, Twitter und Co. Soziale Medien könnten den gesellschaftlichen Diskurs und schwierige Sachverhalte verfälschen und dazu führen, dass wir alle in fragmentierten Realitäten leben würden.

Insbesondere Staatsführer hätten in diesem Zusammenhang eine große Verantwortung und sollten Social Media nicht dazu nutzen, die Gesellschaft zu spalten, betonte Obama in einem Seitenhieb auf seinen Nachfolger Präsident Donald Trump. Dieser ist für seine Tweets aus der Hüfte berüchtigt, in denen er Nordkoreas Diktator Kim Jong Un in Zeiten politischer Spannungen schon einmal den „kleinen fetten Raketenmann“ nennt. Obama rief dazu auf, dass „alle, die wir in Führungspositionen sind Wege finden sollten, im Internet einen gemeinsamen Raum zu schaffen.“ Die neuen Kommunikationstechnologien müssten so gemeistert und genutzt werden, dass sie zu keiner „Balkanisierung der Gesellschaft“ führen, sondern erlauben, Gemeinsamkeiten zu finden.

Doch ist es überhaupt noch möglich, das Verbindende in den Vordergrund zu stellen? Können wir den teils entgleisten gesellschaftlichen Diskurs, für den die sozialen Medien als Vehikel und Verstärker dienen, in einem Rechtsstaat überhaupt bändigen ohne den demokratischen Rahmen zu überschreiten? Vielleicht müssen wir darauf vertrauen, dass sich der Gebrauch der vergleichsweise neuen Kommunikationstechnologien nach einiger Zeit wieder einspielt, wie es historisch bisher stets bei neuen Technologien der Fall war. Auch der Buchdruck hat etwa durch die neue Verbreitungsmöglichkeit anonymer Flugschriften zunächst zu gesellschaftlichen Umbrüchen und Verunsicherungen beigetragen.

Harsche (Selbst-)Kritik daran, wie sehr Facebook die „psychologischen Schwachstellen“ der Menschen ausnutze, übte indessen ein früherer Manager. Chamath Palihapitiya war bis 2011 für das Wachstum der User-Zahlen mitverantwortlich. Heute spricht er von Schuldgefühlen wegen seines Beitrages dazu, ein Tool zu entwickeln, dass das soziale Gefüge des gesellschaftlichen Zusammenhalts auseinander zu reißen droht, wie er es nennt. Jeder, so Palihapitiya, müsse genau überlegen, wieviel seiner geistigen Freiheit er aufzugeben bereit sei.

### **Wer die Innovation hat, hat das Monopol**

Eine quasi Monopolstellung einzelner sozialer Medien, Suchmaschinen und Plattformen geht mit disruptiven Entwicklungen einher und wird in einem Beitrag als *„Geiselnhaft für die Nutzerinnen und Nutzer mit deren*

*Daten“ kritisiert. Denn, wer den Markt beherrscht, kann die Regeln festlegen und tut es auch: „Die Userinnen und User sind sozusagen gezwungen die wenigen bestehenden Plattformen zu nutzen. Ein Wechsel zu alternativen Plattformen oder gar das Entstehen ebendieser ist damit fast unmöglich. Eine große Menge an Daten konzentriert sich so an einer Stelle – und macht Userinnen und User zu gläsernen Menschen. Sie werden in Profile kategorisiert, um sie noch besser mit maßgeschneiderten Botschaften und Werbung zu bespielen.“ Um dieser Hegemonie der US-Internetgiganten entgegenzutreten, bräuchte es eine europäische digitale Gegenmacht: „Eigene soziale Plattformen, freier Datentransfer und klare, europäische Spielregeln für alle.“*

Fest scheint zu stehen, dass die sozialen Medien das Schlaglicht auf gesellschaftliche Verwerfungen richten und vorhandene Risse größer machen. *„Die Bevölkerung hat die sozialen Medien als Werkzeug entdeckt, mit dem ohne viel Aufwand und ohne die eigenen vier Wände zu verlassen die eigene Stimme erhoben werden und Druck auf die Politik ausgeübt werden kann. Zusätzlich kann das auch noch in anonymisierter Form erfolgen und für das eigene Handeln muss keine Verantwortung übernommen werden“*, befindet ein Teilnehmer der Arena Analyse. Eine andere Teilnehmerin formuliert es folgendermaßen: *„Social Media geben die Möglichkeit, dass jeder seinen Gefühlen Ausdruck verleihen kann – das ist eine Qualität in der Kommunikation, die früher nicht möglich war und die sich rasant entwickelt hat. Gleichzeitig erleben wir eine Diskrepanz zwischen Distanz und großer Nähe, wie wir sie auf den sozialen Medien erleben.“*

### **Algorithmus gibt den Rhythmus vor**

Die bereits viel diskutierten Echokammern und Filter Bubbles, die durch Social Media und digitale Plattformen entstehen, tragen dazu bei, dass das, was wir als Realität empfinden, einerseits zu gesellschaftlichen Fragmentierungen führt und andererseits unserer eigenen Wahrnehmung der Welt normativen Charakter verleiht. Natürlich muss man auch die Frage stellen, ob es diese Echokammern nicht schon immer gab und uns die sozialen Medien nicht nur plötzlich einen Blick durchs Schlüsselloch derselben ermöglichen. Unser Blick wird dabei allerdings von außen gelenkt, nicht wir bestimmen, in welche fremde Filterblase wir Einblick nehmen, sondern das erledigen vorab bereits Algorithmen. *„Mit ihren Algorithmen bestimmen die Betreiber von Internet-Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen heute weitgehend darüber, was ihre Userinnen und User im Netz finden, sehen und lesen“*, schreibt ein Teilnehmer der Arena Analyse. *„Menschen verweilen üblicherweise länger bei Inhalten, die ihr eigenes Weltbild bestärken. Dabei steigt entsprechend die Werbung im Wert, die währenddessen geschaltet wird. Darum ist es im Interesse der Betreiber, Inhalte und Suchergebnisse zu präsentieren, die dem Weltbild der Userinnen und User entsprechen. Menschen umgeben sich mit ihresgleichen und*

*erfahren weit weniger über andere Meinungen. Dass das eine Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Demokratie darstellt, liegt auf der Hand.“*

Vielleicht liegt ja eines der Probleme der Social-Media-Plattformen aber auch schlicht in ihrer Architektur, wie in einem Leitartikel der „Wiener Zeitung“ jüngst zu lesen war: „Gut abgewogene Argumente oder kluge Kommentare stehen gleichwertig neben Müll, bigottem Mist, Verschwörungstheorien oder islamophoben oder antisemitischen Provokationen.“

### **Neue digitale Stämme**

Wenn nun die sozialen Medien alte soziale Strukturen teils zerschlagen, könnten sie im Gegenzug dazu nicht auch neue gesellschaftliche Zusammenhänge kreieren? Ein Teilnehmer benutzt dafür eine ethnologische Metapher: Wir werden zu Stämmen - die allerdings nichts mehr miteinander zu tun haben. *„Die Erzählstränge werden verbreitet und verstärkt durch die sozialen Medien. Social Media Blasen sind dabei wie Stämme – niemand ist in der Lage sachlich Argumente und Fakten einer anderen Blase wahrzunehmen. Sobald jemand außerhalb meiner Blase mit Evidenzen daherkommt, wird das als Angriff auf meine Blase interpretiert und man ist zu keiner Sachlichkeit mehr fähig. Brücken zwischen Blasen zu schlagen ist nur möglich, wenn es gelingt, Gemeinsamkeiten zu identifizieren und so darzulegen, dass man irgendwie ja doch zum gleichen Stamm dazu gehört.“*

Eine Interviewpartnerin prognostiziert, dass der Konflikt „Emotionen gegen Fakten“ auch weiterhin auf den sozialen Plattformen ausgetragen werden wird und die gesellschaftliche Atmosphäre auch in Zukunft davon bestimmt sein werde: *„Die Emotionen, Meinungen, Ängste und Stimmungen werden auf Grund der Dominanz der sozialen Medien in der gesellschaftlichen Diskussion weiterhin eine große Rolle spielen. Expertise, Wissen, Daten und Fakten werden angezweifelt werden, denn Ängste zu schüren geht schneller als diese zu entkräften“.* Das Internet sei zwar erst knapp 30 Jahre alt, aber trotzdem im Mittelpunkt unseres Alltags angelangt, heißt es in einem anderen Beitrag. Auch Beschimpfungen, Hass und Falschmeldungen seien keine neuen Erscheinungen. Durch die Geschwindigkeit moderner Kommunikation hätten diese Entwicklungen jedoch in den letzten Jahren erschreckende Auswüchse angenommen. Dadurch werde das demokratische Element der sozialen Medien, nämlich dass jeder und jede ihre Meinung kundtun kann, konterkariert: *„Hass im Netz trifft besonders Frauen und Randgruppen der Gesellschaft. Die Anfeindungen, die ihnen entgegenschlägt, zielen darauf ab, sie einzuschüchtern. Und darauf, sie daran zu hindern die eigene Meinung auszusprechen.“*

## 6. Wie uns soziale Medien entzweien

Der Einfluss der neuen Kommunikationstechnologien wird jedenfalls nicht schwinden, sondern vermutlich zunehmen, wird in einem Beitrag konstatiert. *„Es ist dezidiert als positiv zu bewerten, dass es durch die sozialen Medien einer breiten Bevölkerungsschicht ermöglicht wird, in die politische Debatte einzugreifen und die eigene Meinung kundzutun. Gefährlich wird die Situation allerdings wenn – bewusst oder unbewusst – Falschinformationen verbreitet werden.“* Ein Teilnehmer fordert ganz im Sinne Barack Obamas, *„auch positive fundierte Nachrichten über soziale Medien ebenso dynamisch zu kommunizieren, das wäre ein Schritt in die richtige Richtung.“*

Die sozialen Medien haben jedenfalls den Pulsschlag des politischen Geschehens deutlich erhöht. *„Ein Widerstand gegen bestimmte politische Vorhaben musste noch vor einigen Jahren sorgfältig geplant werden und benötigte mehrere Tage Vorlaufzeit. In Zeiten der Twitter- und Facebook-Kultur kann sich ein Shit Storm spontan innerhalb weniger Stunden entwickeln“*, beschreibt dies ein Teilnehmer. *„Beim Nationalratswahlkampf 2017 in Österreich wurde deutlich, dass soziale (Hetz)Kampagnen die politischen Parteien und einzelne Personen unvorbereitet treffen und die Entscheidung der Wähler massiv beeinflussen können.“*

### **Die teilinformierte Gesellschaft**

Ob die Grundlage, die in den sozialen Medien angeboten wird, für diese Entscheidungen allerdings auch wirklich geeignet ist, um sich eine informierte und faktenbasierte Meinung zu bilden, sei zu bezweifeln, meint ein befragter Experte. *„Oft ist es schwer, zu Beginn eines Shit Storms die tatsächlichen Fakten zu eruieren. In den schnelllebigen sozialen Medien, allen voran Twitter und Facebook, ist es schwierig die Hintergründe zu eruieren und sich eine neutrale Meinung zu bilden. Dies kann dazu führen, dass politische Wahlen durch Falsch- oder auch Teilinformationen beeinflusst werden.“* Hackerangriffe, Versuche, den Ausgang von Wahlen zu manipulieren und Social Bots, die auf Social-Media-Plattformen Stimmung machen sollen, gehören bereits jetzt zum politischen Alltag. Meist gibt es nur Indizien, die auf die Drahtzieher hinweisen, in vielen Fällen geht es laut Experten für Cyberangriffe auch schlicht um eines: Machtdemonstration. Die Einschätzung eines Teilnehmers lautet daher: *„Die Einflussnahme via Social Media wird weitergehen und vermutlich auch weiter zunehmen. Die Politiker lernen dazu und werden versuchen, sich gegen zukünftige Shit Storms besser zu wappnen und rascher zu reagieren. Im Idealfall wird die Protestwelle rechtzeitig eingebremst und durch eine sachliche Diskussion abgelöst“*

Die sozialen Medien beeinflussen jedoch in dieser Hinsicht auch die Berichterstattung klassischer Medien, wie in einem Beitrag erwähnt wird: *„Der öffentliche Druck der sozialen Medien, der meist am Folgetag von den Printmedien übernommen wird, kann enorm sein. Eine rasche Reaktion ist*

*von Nöten, ohne allerdings Kurzschlussreaktionen zu setzen. Diese Fähigkeit, mit den Protestwählern als stimmungswaltiges Kollektiv umzugehen, scheint oft noch in den Kinderschuhen zu stecken.“ Ein anderer Teilnehmer sieht auch eine Beschleunigung durch die Digitalisierung, die ihre Auswirkungen zeitigt: „In der Politik ist die Desintegration noch nicht so weit fortgeschritten. Aber die unglaubliche Beschleunigung in einem 24/7-News-Cycle führt zu einer intellektuellen Verflachung, weil reflektierte Aussagen für Politiker nicht mehr möglich sind.“*

*Vielleicht sind die sozialen Medien ja einfach nur das geeignete Ausdrucksmittel einer individualisierten und dadurch zunehmend fragmentierten Gesellschaft, der der Blick für das Gemeinwohl abhandengekommen ist. „Wir lassen uns nur mehr schwer zuordnen, auch unser eigenes Verhalten bevorzugt die Verfolgung der eigenen Partikularinteressen. Und der Schein trügt insofern, als alles, was geschieht, durch eine Scheinöffentlichkeit legitimiert werden kann. Ich mache mit. Seht, ich bin Teil der Gruppe ein „Freund“. Aus dem „gefällt mir“ wird ein „ich liebe oder hasse es“, fasst ein Teilnehmer sein Unbehagen über das wahrgenommene Auseinanderdriften der Gesellschaft zusammen. „Es verhindert jede Möglichkeit der Solidarisierung auf Facebook oder in anderen sozialen Medien. Ich habe gesehen, dass ihr - meine Freunde - ja ganz anders seid. Ihr macht die Reisen anders als ich, obwohl wir in der gleichen Stadt waren. Eure Vergnügungen, Speisen, Freundinnen, Lokale und euer soziales Engagement unterscheiden sich maßgeblich von mir und von einander. Daraus entstehen auch eine Individualisierung der Lebensrisiken und die Schaffung von Teilöffentlichkeiten durch die neuen Medien, die genauso zu einer Vereinsamung führen kann, wie zu einer Wutgemeinschaft der radikalen Minoritäten.“*

Die befragten Expertinnen und Experten sahen aber auch positive Auswirkungen der digitalen Kommunikation. *„Die neuen Kommunikationsmöglichkeiten bieten auch eine neue Qualität für Communities und Familien. WhatsApp-Gruppen etwa können das Gefühl geben, dass man mit der Familie in Kontakt ist, auch wenn man zum Beispiel bei der Familienfeier nicht dabei sein kann – das ermöglicht wieder einen intimen Rahmen des Community-Aufbaus. An dem Erfolg solcher Apps kann man auch erkennen, wie groß der Wunsch nach einem neuen Biedermeier, nach Community, Sippe und Familie ist“,* beschrieb ein Teilnehmer die dem Zusammenhalt förderlichen Aspekte der uns zur Verfügung stehenden Messenger und Kommunikations-Apps.

Diese Einschätzung wird auch durch das Ergebnis der „Studie zur digitalen Familienkommunikation – Key Findings“ (durchgeführt Kantar TNS München im Auftrag des Axel Springer Verlages) vom August 2017 bestätigt. Demnach ist die Kommunikation über Messenger-Plattformen wie WhatsApp kein Ersatz für persönliche Gespräche, sondern eine Ergänzung, die den Dialog mit der Familie und Freunden fördert. Zudem

## 6. Wie uns soziale Medien entzweien

werden Organisation und Terminplanung des familiären Alltags dadurch erheblich erleichtert. Die Messenger-Dienste werden sowohl mit Freunden als auch mit Familienmitgliedern innerhalb wie außerhalb des eigenen Haushalts zum größten Teil für Text-Nachrichten genutzt. Insgesamt gaben nur vier Prozent der Befragten an, dass sie sich weniger mit Freunden treffen würden, seitdem sie Messenger-Dienste benutzen.

Und die Jungen organisieren ihr Sozialleben ohnehin auf digitalem Weg. Wer Kinder im Teenager-Alter hat, weiß, dass Hausarrest als Strafandrohung seine Wirkung verloren hat, solange die WLAN-Verbindung nicht gekappt wird. *„Die junge Generation lebt und organisiert sich ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt anders als die Alten“*, lautet der Befund eines Teilnehmers. *„Daher sieht es auf den ersten Blick oft so aus, als würde der Zusammenhalt schwinden. Dabei verlagert er sich nur. Junge Leute sitzen nicht auf dem Bankerl vorm Haus, wo sie mit den Vorbeigehenden plaudern, oder mit dem Nachbarn über den Zaun reden. Dafür haben sie soziale Medien.“*

Vielleicht müssen wir ja auch einfach erst lernen, wie wir mit den neuen technischen Möglichkeiten sozial verträglich umgehen. Die Nutzung sozialer Medien kann ebenso zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen wie auch gesellschaftliche Konflikte verstärken, fasst es ein Beitrag zusammen. *„Oder anders ausgedrückt: Die mit den gegenwärtigen Möglichkeiten einhergehende zunehmende Aufklärung hat einen wesentlich intensiveren Gebrauch des Verstandes ermöglicht als sich dies die Väter der Aufklärung je hätten vorstellen können. Aber der Gebrauch eines so komplizierten Mechanismus wie der menschliche Verstand bedarf – wie jeder komplizierte Apparat - einer entsprechenden Gebrauchsanleitung für seine soziale Handhabung.“*



## 7. Was können wir dagegen tun?

---

Der Erhalt und in vielen Fällen das Wiederherstellen des gesellschaftlichen Zusammenhalts gehört zu den größten Herausforderungen der nächsten Zukunft. Nicht nur in Österreich: Alle politischen Antworten auf diese Entwicklung müssen davon ausgehen, dass es sich nicht um ein österreichisches Problem handelt, sondern um ein europäisches, bzw. ein Problem der relativen Wohlfahrtsgesellschaften insgesamt. *„Daher kann es auch keine spezifisch österreichische Antwort geben. Wenn Politik wirksam sein soll, dann kann sie nicht primär von dem durch die globale Entwicklung zunehmend überforderten Nationalstaat erwartet werden. Dann müssen transnationale Antworten formuliert werden, zuallererst (aus österreichischer Sicht) europäische Antworten, also eine entsprechende Politik der Europäischen Union“*, meint ein Teilnehmer.

Dieser Befund darf freilich nicht zu dem Schluss verleiten, dass sich in Österreich ohnehin nichts tun ließe. Die Ursachen des Auseinanderdriftens der gesellschaftlichen Subgruppen – nämlich Digitalisierung, Globalisierung und Migration – erfordern ein gesamteuropäisches Vorgehen. Doch es gibt Strategien, mit denen die Folgen bekämpft oder gemildert werden können, und zwar dort, wo sie auftreten. Die Lösungsansätze tragen zum Glück vertraute Namen: Bildung; zivilgesellschaftliches Engagement; demokratische Partizipation.

### **Bildung schafft Zusammenhalt**

Als jenen Bereich, der wie kein anderer essentiell für die soziale Kohäsion ist, nennen die Teilnehmenden der Arena Analyse die Bildung: *„Bildung ist ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“*, lautet die einhellige Meinung. Diese soll im besten Fall gesellschaftliche Ungleichheiten ausgleichen und so die soziale Durchlässigkeit und Mobilität ermöglichen. *„Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe – wirtschaftlich, sozial, kulturell, an der digitalen Welt, an den gemeinsamen Werten.“*

Dies erfordere allerdings politischen Willen, wie ein Experte betont. *„Das Bildungssystem spielt eine zentrale Rolle für soziale Inklusion und sozialen Zusammenhalt – die nationalen Bildungspolitiken haben dies bisher nicht ausreichend zur Kenntnis genommen.“* Kritik müssen sich dabei alle politischen Parteien gefallen lassen, denn die Bildungsdiskussion erfolgt in Österreich immer noch entlang starrer weltanschaulicher Gräben. *„So gesehen ist es höchst bedauerlich, dass die SPÖ und auch die FPÖ in Österreich in den vergangenen Jahren bis Jahrzehnten die emanzipatorische Wirkung von Bildung überhaupt nicht propagiert bzw. etwa mit der Unterstützung von Gratismedien nachgerade konterkariert haben (wo Celebrity-News als wichtig präsentiert werden). Das rächt sich jetzt. Das bürgerliche Lager wiederum hat sich viel zu lang darauf verlassen, dass die*

## 7. Was können wir dagegen tun?

*Mütter schon zuhause bleiben und mit den Kindern Englisch lernen werden“, schreibt ein Teilnehmer.*

Die Ergebnisse der OECD-Studie „Education at a Glance“ vom September 2017 zeigen, dass die Österreicherinnen und Österreicher im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gut gebildet sind. So haben hierzulande 15 Prozent lediglich einen Pflichtschulabschluss, im OECD-Schnitt sind es 22 Prozent. Vor allem die Berufsbildung gilt als überdurchschnittlich gut. Eine zentrale Aussage der Studie ist aber auch, dass Bildung noch immer vererbt wird: Nur 5,9 Prozent der 45- bis 59-Jährigen, deren Eltern keine Akademiker sind, haben einen Uni-Abschluss. Bei den 30- bis 44-Jährigen liegt der Anteil immerhin bereits bei 10 Prozent – im OECD-Raum sind es doppelt so viele. Noch geringer fällt die Aufwärtsmobilität bei Kindern aus, deren Eltern im Ausland geboren wurden.

Die Bildungsvererbung wird auch in zahlreichen Beiträgen als eines der größten Strukturprobleme in Österreich gesehen: *„Das Bildungsniveau des Elternhauses setzt sich in sehr hohem Maße in der Kindergeneration fort. Akademiker-Kinder werden wieder zu Akademikern, Kinder von Pflichtschulabsolventen machen ihrerseits nur die Pflichtschule. Begabung, Förderung, finanzielle Möglichkeiten spielen eine untergeordnete Rolle, rein statistisch ist der Bildungsgrad der Eltern der wichtigste Faktor für den künftigen Bildungsweg der Kinder.“* Der Bildungsgrad der Eltern hänge aber nicht immer zwangsläufig mit ihrer Einstellung zu Bildung zusammen, dieser Faktor dürfe nicht außer Acht gelassen werden, mahnt ein Teilnehmer ein: *„Bei der „Vererbungs-Diskussion“ wird übersehen, dass es nicht nur um Zugangsmöglichkeiten zu guter Bildung geht, sondern auch darum, ob die Eltern eines Kindes dessen Bildung einen hohen Stellenwert zumessen oder nicht. Das hängt oft mit dem eigenen Bildungsstand der Eltern zusammen, muss es aber nicht unbedingt, wie das Beispiel eines afghanischen Flüchtlings zeigt: „Mein Vater ist Analphabet und hat mir eingeschärft: Lernen, Lernen, Lernen!“*

Der Anteil so genannter Neets, also junger Menschen, die keinen Job haben und sich auch nicht in Ausbildung befinden (Not in Education, Employment or Training), liegt in Österreich mit 13,2 Prozent der 20- bis 24-Jährigen ebenfalls unter dem OECD-Mittelwert von 16,2 Prozent. Dennoch müsse für diese jungen Menschen mehr getan werden, fordert eine Teilnehmerin. *„Über die Jugendarbeitslosigkeit wird viel zu wenig gesprochen. Die Bildungsschere schafft eine riesige Gruppe ohne Perspektive. Auch in Österreich stehen junge Wählerinnen und Wähler perspektivlos da. Die Gefahr, in welche Armut eine Gesellschaft dadurch schlittern kann, ist viel zu wenig bewusst. Dabei ist Bildung die Variable, wo sich am meisten tun kann.“* Die steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit sei mit einer steigenden Ungleichheit von Start- und damit Bildungs- und letztlich Einkommenschancen verbunden, heißt es

an anderer Stelle. *„Vielfach nimmt die in vielen europäischen Ländern ohnehin begrenzte soziale Mobilität ab. Die damit verbundene Frustration der ‚Abgehängten‘ lässt sie anfällig werden für populistische, nicht selten antidemokratische, auf autoritäre Lösungen setzende politische Strömungen, deren Gefahren gleichzeitig aufgrund mangelhafter (politischer) Bildung von den Staatsbürger/innen / Wähler/innen unterschätzt werden.“*

Die Kluft zwischen denen, die die Herausforderungen der Internationalisierung und Globalisierung annehmen und meistern können und jenen, die daran scheitern, werde weiterwachsen, lautet ein Szenario. Daher werde sich auch der Trend zu bezahlter Bildung verstärken, da Änderungen im Bildungswesen meist eine lange Vorlaufzeit haben. Dies führt dazu, dass auch Menschen, denen Chancengleichheit durch Bildung ein echtes Anliegen ist, die Bildungs-Segregation weiterhin mitverantworten. *„Wer Englisch nicht nur theoretisch spricht, wer auch im Ausland studiert hat, der hat zwar auch keine Garantie für, aber doch eine deutlich höhere Chance auf ein erfolgreiches Berufsleben. Darum schicken ja mittlerweile auch jede Menge Befürworter der öffentlichen bzw. der Gesamtschulen ihre Kinder in Privatschulen.“*

Was sollte in den Schulen also vermittelt werden, damit die Verantwortung für das Gemeinsame erhalten bleibt? Kindern müsse vermittelt werden, dass *„Veränderung nichts Schlechtes ist“* und *„Flexibilität eine Chance darstellen kann“*, meinten mehrere Teilnehmende. Auch die reine Wissensvermittlung wird nicht mehr als ausschließlicher Bestandteil von Bildung betrachtet. Soziale Fähigkeiten wie Team-Arbeit sollten denselben Stellenwert erhalten wie die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, findet ein Teilnehmer, damit sich die Kinder später in einer sich immer rascher wandelnden Welt gut zurechtfinden. *„Wir verfügen noch über keine geeigneten Kommunikationsformen, um uns angesichts rasanter Entwicklungen als Gesellschaft abzustimmen. Hier wäre es sinnvoll, wenn in den Schulen weniger Stoff unterrichtet wird, sondern dafür mehr, wie wir miteinander, mit Differenzen und mit anderen Kulturen umgehen können. Das sollte zum Basisprogramm für alle Schülerinnen und Schüler gehören.“*

Teil einer zukunftsorientierten Bildung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, sollte auch die Übernahme von Verantwortung für andere sein, meint ein Experte. *„Das umfasst auch Inklusion und Teilhabe – und die Möglichkeit, dass Menschen mit Behinderung bzw. Teilleistungsschwächen Jobs im 1. Arbeitsmarkt haben (Beispiel: Menschen mit Asperger-Syndrom für IT-Jobs, Big Data). Wir müssen uns fragen, was wir mit den vorhandenen Fähigkeiten machen. Wir müssen Menschen viel stärker über ihre Teilleistungstärken betrachten und nicht über ihre Defizite. Lernen, wie es anderen Menschen gut gehen kann, tut auch einer*

## 7. Was können wir dagegen tun?

*Gesellschaft gut, die gerade mit einem Wandel und mit Beschleunigung umzugehen lernt.“*

In den Schulen müssen wir also auf multiplen Ebenen ansetzen: *„Es müssen Freude am Lernen und Kompetenzen vermittelt werden – aber auch, dass Veränderungen nicht bedrohlich sind und wie man in Teams Aufgaben löst. Wir müssen die Kinder auf eine Welt vorbereiten, die sich ständig verändert, sie müssen Solidarität und die Übernahme von Verantwortung vermittelt bekommen.“*

Die Digitalisierung erfordert jedoch die Vermittlung zusätzlicher Fähigkeiten, die frühere Generationen nicht gebraucht haben. Die Kinder müssten nämlich auch in die Lage versetzt werden, *„mit sozialen Medien und Algorithmen umzugehen, zu prüfen, ob eine Quelle vertrauenswürdig ist“*, wie eine Teilnehmerin betont.

In einigen Beiträgen wird auch eine Reform des der Tertiären Bildungssektors gefordert. Das Bologna-Modell habe zu einer Inflation der Abschlüsse und der Entstehung eines *„akademischen Prekariats“* geführt, moniert ein Teilnehmer und fordert, eine *„Aufwertung der Lehre sowie ein Ende der Verakademisierung der Gesellschaft und der Inflation von Akademikertiteln.“* Im Bereich Bildung müsse das starre Universitätssystem ebenfalls aufgebrochen werden, heißt es in einem anderen Beitrag, Studierende sollten ihre Studienfächer viel individueller zusammenstellen können. Weil *„Innovation entsteht nur durch das Zusammenspiel unterschiedlicher Fächer.“*

Doch wer soll die digitalen Kompetenzen vermitteln? Klarerweise die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch hier gilt es noch einige Hürden aus dem Weg zu räumen. *„Natürlich müssen auch die Curricula der PädagogInnen-ausbildung evaluiert werden, aber es fehlt oft an ExpertInnen, die die notwendigen Kompetenzen an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen vermitteln könnten.“*

Dafür, wie wichtig Bildung ist, ist bereits ein Bewusstsein vorhanden, aber es wird viel zu wenig gemacht, so der Tenor. *„Man darf nämlich nicht unterschätzen, welche lange Vorlaufzeit Veränderungen brauchen.“*

Für eine umfassende Bildungsreform erachtet ein Teilnehmer neben einem Ausbau der Ganztagschulen auch eine Änderung im Verhältnis zwischen der Schule und den Elternhäusern für notwendig. *„Natürlich liegt es bei den Eltern, den Kindern grundlegende Prinzipien wie höflichen Umgang mit anderen oder Verantwortungsbewusstsein beizubringen. Aber sie sind nicht dafür zuständig, mit dem Kind prinzipiell (und nicht nur ein oder zweimal pro Jahr vor einer Schularbeit, wenn gerade alle Stricke reißen) Mathe oder Englisch zu üben.“*

Damit Bildung als Vehikel für Chancenausgleich und soziale Mobilität dienen kann, muss sie auch wieder mehr Bedeutung und einen gesteigerten Wert erhalten, mahnt ein Experte ein. *„Es reicht nicht, sozial schwache Familien einfach zu alimentieren. Der Sozialstaat in Österreich funktioniert*

*gut; die Einkommensverteilung ist stabil, die Zahl der Armutsgefährdeten ist tendenziell sinkend. Aber wer macht den Beziehern der Mindestsicherung klar, dass es schlaue wäre, wenn ihr Kind nicht vom Kabelfernsehen und Smartphone verkümmert? Die Lehrer in den Schulen können oder wollen es nicht, und die Verantwortungsträger haben wenig dagegen getan.“*

Dies gilt im Übrigen auch für die Qualifizierung von Erwachsenen. *„In diesem Gesamt-Kontext stellt sich aber noch eine weitere gesellschaftspolitisch bedeutende Frage, allerdings vor allem im Hinblick auf weniger bildungsaffine Gruppen: Ist angesichts dieser Rahmenbedingungen und dieser „Stimmungslage“ die Aussicht auf sozialen Aufstieg durch bessere Bildung bzw. Ausbildung überhaupt noch ein Motivationsgrund - oder geht es nicht um ganz etwas anderes?“* Wer versuche, jenen Menschen die Angebote rund um Aus- und Weiterbildung näher zu bringen, die sie am dringendsten brauchen und die von sich aus auch kaum entsprechende Einrichtungen aufsuchen würden, bekommt häufig zu hören: *„Danke, i brauch ka Weiterbildung, i hab eh an Job. Das lässt mutmaßen: Im Vordergrund steht vielmehr ein ordentliches Einkommen, sich etwas leisten zu können, und zwar mit dem Job, den man hat.“*

Dabei, so ein Teilnehmer, könnte *„das der Polarisierung zu Grunde liegende Bildungsgefälle durch im Zuge der Digitalisierung anlaufende Qualifizierungsoffensiven sowie durch vermehrte politische Bildung in den Schulen gemildert werden, jedoch ist dies ein langwieriger Prozess.“*

### **Zivilgesellschaft in einer vernetzten Welt**

In einer zunehmend vernetzten Welt, die von ökonomischen und damit einhergehenden sozialen Umbrüchen geprägt ist, braucht es mehr vernetztes Handeln, das den Zusammenhalt stärkt und ein Gegengewicht zum gesellschaftlichen Auseinanderdriften bildet. *„Wir brauchen eine Civic Society, in der mehr Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen“,* fasst es eine befragte Expertin zusammen. *„Die organisierte Zivilgesellschaft wird eine ganz wichtige Rolle spielen“,* heißt es in einem anderen Beitrag.

Die Zivilgesellschaft erlebe in den vergangenen Jahren in Österreich und anderen Ländern Europas so etwas wie eine Renaissance, meint ein Teilnehmer. *„Hunderttausende Menschen engagierten sich auf die unterschiedlichste Art und Weise für geflüchtete Menschen. Sie gaben Obdach, spendeten Kleider und Lebensmittel und halfen bei Behördenwegen. Vielfach passiert diese Hilfe noch bis heute. Im Stillen und unaufgeregt.“* Die Motive der Helferinnen und Helfer wurden in einer Untersuchung der Wirtschaftsuniversität Wien erhoben: *„Viele der Freiwilligen nannten die Freude am Helfen und den Wunsch, etwas für das Gemeinwohl zurückzugeben und einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten als wesentliche Motive“,* heißt es in der Studie *„Beiträge der Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Flüchtlingskrise – Leistungen und Lernchancen“.* Andere Freiwillige verstünden ihr Engagement als

## 7. Was können wir dagegen tun?

humanitäre Pflicht oder auch als politisches Statement und als Ausdruck des Ärgers über die mangelnde Hilfe seitens des Staates. „Sie sind ehrenamtlich tätig, um gegen das eigene Ohnmachtsgefühl aktiv zu werden. Für viele HelferInnen mit Migrationshintergrund stellte die freiwillige Arbeit für die Flüchtlinge eine Chance dar, erstmals das Gefühl zu haben eine konkrete Aufgabe in der Gesellschaft übernehmen zu können und Anerkennung dafür zu erhalten. Dabei kommt es nicht selten vor, dass „2nd generation“ MigrantInnen versuchten, mithilfe ihres Engagements mitunter auch persönliche Fluchterfahrungen aufzuarbeiten“, heißt es in der Studie weiter.

Diese Ergebnisse decken sich mit der Wahrnehmung eines Teilnehmers der Arena Analyse: *„Institutionalisierte Formen des gesellschaftlichen Ausgleichs geraten politisch und gesellschaftlich ins Hintertreffen – dennoch gibt es unterschiedliche Milieus und Bevölkerungsgruppen, die auf Basis unterschiedlicher Motive und Werte jedoch grundsätzlich an einem Klima gesellschaftlicher Verständigung und an sozialem Frieden orientiert sind.“* Die Freiwilligentätigkeit habe in Österreich lange Tradition, *„das ist ein wichtiges Asset, das gehegt und gepflegt werden muss“*. meint ein weiterer Experte und schildert persönliche Erfahrungen in den USA: *„Ich war während des Hurrikans Sandy in New York und habe mich danach gefragt, wie die Lage wohl bei uns gewesen wäre? Bei uns hätte es sicher keine überschwemmten Tunnels gegeben, hätten viele Freiwillige Sandsäcke befüllt und geschleppt, wichtige Infrastruktur wäre anders als in New York wohl nicht in Mitleidenschaft gezogen worden – weil die Zivilgesellschaft geholfen hätte.“*

Es werden sich nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer künftig neue Allianzen bilden, wobei sich die konkreten Formen und praktischen Ausprägung dieser zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse erst konstituieren müssten. *„Eine positive Entwicklung bestünde darin, dass sich die Gesellschaft allgemein anerkannter irreversibler Werte besinnt, die sie als Zivilgesellschaft bereit ist, gegenüber ihren politischen Autoritäten ebenso wie gegenüber den Märkten durchzusetzen, ohne diese selbst in Frage zu stellen. Dazu bedürfte es einer sorgsam gebauten Demokratie mit plebiszitären Anteilen, die ausreichend auf die Recht der Minderheiten Bedacht nimmt. Gleichzeitig müssten die globalen Märkte einer ebenso globalen Kontrolle auf Basis anerkannter Werte unterworfen werden“*, lautet eine Forderung.

Die Zivilgesellschaft wird auch vermehrt an der Gestaltung öffentlicher Dienstleistungen teilhaben, ist ein Befragter überzeugt. *„Co-Creation wird ein großes neues Thema sein. Frei nach dem Motto: Alles sind öffentliche Dienstleistungen, wenn sie einen Nutzen für die Öffentlichkeit darstellen. Insbesondere die Verfügbarkeit von Open Data ermöglicht ganz neue Dienste, die wir heute noch gar nicht kennen.“* Vor diesem Hintergrund wird es also künftig wichtig sein, zivilgesellschaftliche Strukturen als das zu

begreifen, was sie sind: *„Eine Ressource, die für den Zusammenhalt und das Gelingen von Gesellschaft essentiell ist. Diese zivilgesellschaftlichen Strukturen gilt es daher zu stärken und nicht zu schwächen.“*

### **Partizipation**

Das Thema direkte Demokratie wird ebenfalls an Bedeutung gewinnen. Eine engagierte Zivilgesellschaft sieht sich nicht nur als Regulativ der Politik, sie möchte auch an den Entscheidungsprozessen teilhaben und ihre Ideen und Vorschläge einbringen können - und viele Menschen sind bereit, dafür ihre Zeit zu investieren. Hier wurden von politischer Seite bereits erste Weichenstellungen vorgenommen, allerdings muss darauf geachtet werden, dass die Beteiligungsmöglichkeiten niederschwellig sind, wenn nicht das eintreten soll, was ein Teilnehmer folgendermaßen formuliert: *„Wenn solche Instrumente an Bedeutung gewinnen, wäre das zwar positiv für die Beteiligung der Zivilgesellschaft insgesamt, aber würde Menschen vom Typ ‚älterer Mittelschullehrer mit viel Freizeit‘ oder ‚pensionierter Bezirksrichter‘ massiv bevorzugen. Wie kann der gleiche Zugang für alle zu den Instrumenten der Partizipation sichergestellt werden? Wie können sich alle Gruppen gleichermaßen beratend einbringen?“*

Wir brauchen also Instrumente, um diese systemimmanente Benachteiligung auszugleichen. Als positive Beispiele wurden Citizens' Assembly in Irland und die Bürgerräte in Vorarlberg genannt. *„Eine Chance wäre die Etablierung einer Bürgerversammlung nach irischem Vorbild, um strategische, aber ideologisch umkämpfte Reformthemen wie Pensionen sachlich zu bearbeiten und überparteilich voranzubringen. Idealerweise würde eine solche Bürgerversammlung auch vor jeder Volksabstimmung vorgelagert um eine sachliche Meinungsbildung zu fördern.“*

Denn reine Volksbefragungen würden die Gefahr einer Verstärkung der sozialen Risse in sich tragen: *„Das Setzen auf direkte Demokratie durch Volksentscheide hat auch Konfliktpotential und kann, wenn dieses Instrument missbraucht wird, die Spaltung der Gesellschaft eher vorantreiben.“*

Es sei daher wichtig, über die großen Fragen abzustimmen. *„Die Bürgerinnen und Bürgern sollten aber nicht zu „Lappalien“ bzw. zu völlig utopischen Ideen befragt werden. Soziale Medien bzw. digitale Technologien werden fixer Teil des politischen Partizipationsprozesses, unterstützen die Autonomie und die Vielfalt der Bürgerinnen und Bürgern, erleichtern politische Teilnahme.“*

Rund 20 Prozent der Wahlberechtigten geht nicht wählen. *„10 Prozent davon sind ein „harter Kern“, der sich der Teilnahme an der politischen Partizipation völlig verweigert“, resümiert ein Befragter. „Diese Menschen sind nicht vertreten, sie haben niemanden, der ihre Interessen vertritt, sie sind auch nicht imstande, ihre Anliegen selbst zu artikulieren.“* In dieser Gruppe ist der Anteil von Menschen aus sozial schwachen Schichten

## 7. Was können wir dagegen tun?

besonders hoch. Es sind überwiegend Menschen mit geringer Bildung, schlecht bezahlten und ständig bedrohten Jobs. *„Gerade diese Schwachen in der Gesellschaft werden an der Partizipation gehindert. Das verstärkt die Kluft zwischen den Eliten, die „dazugehören“ und die politischen Rahmenbedingungen gestalten können, und den Ausgeschlossenen.“*

Mehr direkte Demokratie und Teilnahme sowie Umgang mit Ängsten und Unsicherheiten brauche aber einen sachlichen Diskurs, inklusive Wertediskurs, Evidenzbasiertheit und mehr partizipative Instrumente, wie z.B. projektorientiertes Bürgerparlament, Bürgerkomitees mit Empfehlungsmöglichkeiten, Project Task-Forces. *„Die gegenteilige Entwicklung ist zu beobachten, was die positive Wirkung direkter Demokratie gefährdet – hier ist Sorgfalt von Nöten“.*

Der Bedarf nach mehr Mitsprache und Zugang zu den Entscheidungsträgern ist also groß und die Menschen sollten das Gefühl haben, dass ihre Stimme auch gehört wird. *„Aber man darf nicht Leute, die nicht informiert sind, über Ja – oder Nein-Fragen abstimmen lassen, das führt zu uninformierten Entscheidungen wie dem Brexit“*, gibt ein Teilnehmer zu bedenken.

Auch lokale Probleme müssen ernst genommen werden, betont eine Teilnehmerin – und das in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. *„In England haben die Menschen Zugang zu ihren lokalen Parlamentsabgeordneten, die sich dann auch für ihren Wahlkreis einsetzen. Bürgernähe heißt auch, sich den Fragen der Wählerinnen und Wähler zu stellen – etwa in Town Hall Gesprächen wie es sie in den USA und England gibt.“*

Der Wunsch nach Partizipation wird also weiterwachsen und wir werden gut beraten sein, neue Formate zu entwickeln, die inklusiv und niederschwellig sind. Wenn das gelingt, kann das ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der sozialen Kohäsion sein. Dazu wird es aber auch gemeinsame Initiativen und kollektives Engagement brauchen. Denn, wie es ein Teilnehmer formuliert: *„Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein Menschenrecht, aber auch eine Menschenpflicht.“*



## Literatur

---

Arant, Regina und Georgi Dragolov und Klaus Boehnke: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017; Bertelsmann Studie, Gütersloh 2017

Ariely, Dan: Predictably Irrational; New York 2009

Cramer, Katherine J.: The Politics of Resentment; Chicago 2016

Dahrendorf, Ralf: Die Quadratur des Kreises – Freiheit, Solidarität und Wohlstand (1995); abgedruckt unter anderem in: Der Wiederbeginn der Geschichte; München 2004

Education at a Glance 2017, OECD Indicators, Paris 2017

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung; Herausgeber Lewis Dijkstra: Meine Region, mein Europa, unsere Zukunft – Siebter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt; Brüssel 2017

Goodhart, David: The Road to Somewhere – The Populist Revolt and the Future of Politics; London 2017

Havel, Václav: Sommermeditationen; Prag 1992, dt. Ausgabe Berlin 1992

Krastev, Ivan: Europadämmerung – Ein Essay; dt. Ausgabe Berlin 2017

Layte, Richard and Christopher T. Whelan: Who feels inferior?; Gini Research, Dublin 2013

Rodrik, Dani: Das Globalisierungs-Paradox; Oxford 2011

Simsam, Ruth (Projektleitung) und Maian Auf, Sara-Maria Bratke, Osama Hazzi, Michael Herndler, Marielisa Hoff, Judith Kieninger, Michael Meyer, Mouhanad Mourad, Ina Pervan Al-Soqauer, Paul Rameder, Julia Rothbauer: Beiträge der Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Flüchtlingskrise – Leistungen und Lernchancen, NPO & SE Kompetenzzentrum der Wirtschaftsuniversität Wien, 2016

Studie zur digitalen Familienkommunikation – Key Findings, Media Impact GmbH & Co. KGMarktforschung, Berlin 2017

Williams, Joan C.: White Working Class; Harvard 2017

## **Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung**

---

Wir danken den Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und ganz allgemein der Zivilgesellschaft für ihre Teilnahme und die hohe Qualität der zum Teil sehr umfangreichen Beiträge.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge:

**Mag. Dr. Johannes Attems**, Oesterreichische Kontrollbank AG, Wien

**Prof.<sup>in</sup> Anna Badora**, Künstlerische Direktorin am Volkstheater, Wien

**em. Univ. -Prof. Dr. Fritz Breuss**, Wirtschaftsuniversität Wien

**Dipl.-Ing. Franz Dinobl**, Geschäftsführer EVN Wasser GmbH.

**Dr. Bernhard Drumel**, Geschäftsführer supportingchange.org, Wien

**Mag. Alexander Egit**, Geschäftsführer von Greenpeace Österreich, Wien

**Dr.<sup>in</sup> Tamara Ehs**, Politikwissenschaftlerin

**Dr. Caspar Einem**, Vizepräsident Europäisches Forum Alpbach

**Dr. Franz Fischler**, Präsident des Europäischen Forums Alpbach

**Mag. Harald Greger**, Geschäftsführer Aluminium Fenster Institut, Wien

**Mag. Nikolaus Griller**, Vorsitzender der Jungen Industrie Wien

**KR Mag. Julian Hadschieff**, Vorstandsvorsitzender der PremiQaMed Holding

**Dr. Dietmar Halper**, Direktor der Politischen Akademie der ÖVP, Wien

**Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Hauser**, pädagogische Leitern SOS Kinderdorf Österreich

**Dipl.-Ing. Manfred Hofer**, Geschäftsführer Netz Oberösterreich GmbH, Linz

**Prof. Dr. Karl Jurka**, Jurka P.S.A. GmbH, Berlin

**Daniel Kapp**, Geschäftsführer Daniel Kapp Strategic Consulting & Responsible Communication GmbH, Wien

**Dr. Karl Kienzl**, stv. Geschäftsführer Umweltbundesamt

**Dr. Hans-Peter Klös**, Geschäftsführer und Leiter Bereich Wissenschaft beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., Köln

**Univ.-Prof. Robert Krimmer**, Professor für e-Governance bei Tallin  
University of Technology, Tallin

**Msgr. DDr. Michael Landau**, Präsident der Caritas Österreich

**DDr. Karl Lengheimer**, ehem. Landtagsdirektor Niederösterreich

**MMag<sup>a</sup>. Sonja Linkeseder, MA**, Jurka P.S.A. GmbH, Berlin

**Dr. Bernhard Marckhgott, MIM**, Leitung Public Affairs & Vorstandsbüro  
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft, Linz

**Em. O. Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer**, ehem. Dekan der  
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien (2006 – 2014)

**Mag. Kurt Mayer**, ICG Integrated Consulting Group, Wien

**Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Mayerhofer**, Geschäftsführerin der Julius Raab Stiftung

**Mag.<sup>a</sup> Cornelia Mayrbäurl**, Agenda Austria, Wien

**Mag. Fritz Meißl**, Geschäftsführer Wiener ArbeitnehmerInnen  
Förderungsfonds

**Mag. Johann Minihuber, MBA MAS**, Strategische Projekte & Leitung  
Regionalbüro Westösterreich, Vinzenz Gruppe Krankenhausbeteiligungs-  
und Management GmbH, Linz

**Philippe Narval, MSc.**, Managing Director bei European Forum Alpbach

**Mag. Christoph Neumayer**, Generalsekretär der Industriellenvereinigung

**Dr. Willi Nowak**, Geschäftsführer des VCÖ - Mobilität mit Zukunft, Wien

**Mag.<sup>a</sup> Martina Pecher**, Geschäftsführerin Pecher Consulting GmbH, Wien

**Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka**, Political Science Department, Central  
European University, Budapest

**Dr. Ronald Pichler**, Director Market Access & Governmental Affairs, AbbVie  
GmbH, Wien

**Mag. Georg Reischauer**, Local Project Manager & Research Associate,  
Hertie School of Governance GmbH, Berlin

**Mag. arch. Peter Reischer**, Leitender Redakteur, Laser Verlag G.m.b.H.,  
Wien

**Dr. Walter Säckl**, Generalsekretär des Österreichischen Reiseverbandes (ÖRV), Wien

**Stefan Schartlmüller**, IG Demokratie, Linz

**Mag. Dr. Christoph M. Schneider B.Sc. (Ag.Econ.)**, Abteilungsleiter Stabsabteilung Wirtschaftspolitik Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Wien

**Dr.<sup>in</sup> Margit Schratzenstaller-Altzinger**, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Mag. Alois Schrems**, Geschäftsführender Gesellschaft Resilience Consult, Wien

**Univ.-Prof. Dr. Dipl. Wirtsch.-Ing Wilfried Sihn**, Geschäftsführer Fraunhofer Austria Research GmbH, Leiter des Instituts für Managementwissenschaften, TU Wien

**Mag.<sup>a</sup> Lisa Sinowatz**, Referentin für Grundlagenarbeit, Abteilung Lehrlings- und Jugendschutz, Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

**Univ.-Prof. DDr. Christiane Spiel**, Vorstand des Instituts für Angewandte Psychologie, Universität Wien, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Psychologie

**MMag. Agnes Streissler-Führer**, Digitalisierungsbeauftragte und Mitglied der Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft der Privatangestellten GPA-djp

**Dr. Anton Wais**, vorm. Generaldirektor Österreichische Post AG

**em. o. Univ.-Prof. Dr. iur. Dr. hc. Manfred Welan**, Universität für Bodenkultur, Wien

**Dr.<sup>in</sup> Laura Wiesböck**, Institut für Soziologie der Universität Wien

**O. Univ.-Prof. Dr. Ruth Wodak**, vorm. Professorin für Sprachwissenschaften der Universität Wien und der Lancaster University, Wittgensteinpreisträgerin

## **Autoren**

---

### **Walter Osztovics**

ist Politikberater und Partner von Kovar & Partners. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur bei der Wirtschaftswoche und bei den österreichischen Zeitungen Kurier, Format und Wochenpresse.

### **Andreas Kovar**

ist Partner von Kovar & Partners und seit achtzehn Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.

### **Bettina Fernsebner-Kokert**

ist Beraterin bei Kovar & Partners. Sie besitzt langjährige Erfahrung als Politikjournalistin, hat für das Wien-Büro der japanischen Tageszeitung „Yomiuri Shimbun“ gearbeitet und war Redakteurin bei der Tageszeitung „Der Standard“.





Kovar & Partners  
Dorotheergasse 7, A-1010 Wien  
Tel.: +43 (0) 1 / 522922 0  
[www.publicaffairs.cc](http://www.publicaffairs.cc)

Kovar & Partners ist ein Unternehmen  
der Public Affairs Alliance  
Wien – Berlin – Brüssel – Zürich  
[www.pa-alliance.com](http://www.pa-alliance.com)